



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2013

---

## Das Aufgebot

Bürgi, Markus

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-92349>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Bürgi, Markus (2013). Das Aufgebot. In: Benz, Wolfgang. Handbuch des Antisemitismus: Publikationen. Berlin: de Gruyter, 42-44.

## Das ABC der Antisemiten → Handbuch der Judenfrage

### Abwehrblätter → Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus

## L'Action française (Frankreich, 1899–1944)

Das Presseorgan der gleichnamigen Bewegung „L'Action française“ in Frankreich wurde 1899, am Höhepunkt der Dreyfus-Affäre, als politisch orientiertes Organ für Sympathisanten gegründet: Die Veröffentlichung präsentierte sich zunächst als „Revue de l'Action française“, die zweimal monatlich erschien; mit der Gründung der Tageszeitung „L'Action française“ 1908 wurde sie zur Monatsschrift.

Charles Maurras war der wichtigste Vertreter und Vordenker der beiden Veröffentlichungen. In der Tageszeitung trug ein heftiger und polemischer Stil zum raschen Erfolg bei: Er richtete sich hauptsächlich gegen das „Anti-Frankreich“, gegen die Republik, den Parlamentarismus und gegen Juden, vor allem deutsche, so während der von Léon Daudet geführten Kampagne von 1910 bis 1912. Die Zeitung und die Bewegung übten auf diese Weise einen starken Einfluss aus, der über die letztlich begrenzt bleibende Leserschaft weit hinausging (die Auflage vor 1914 erreichte lediglich 20.000 Exemplare).

Der von Anfang an in den Vordergrund gestellte Antisemitismus, der auf den Ideen Drumonts, aber auch des sozialistischen Antikapitalismus fußte, war einer der ideologischen Hauptpfeiler: Juden, zusammen mit anderen Inkarnationen des „Anti-Frankreich“ (Freimaurer, Protestanten und „Metöken“) verkörperten hier Ausländer bzw. Kosmopoliten, bestrebt, Frankreich unter Kontrolle zu bringen oder gar zu zerstören.

In seiner sehr strukturierten Weltanschauung stellte Maurras, dessen Kenntnisse des Judentums relativ begrenzt blieben, die Theorie des „staatlichen Antisemitismus“ auf, eines modernen Antisemitismus, der vom traditionellen Antijudaismus geprägt blieb. Juden sollten demnach zentral erfasst werden, um eine Unterscheidung zu ermöglichen; ihr Zugang zu bestimmten beruflichen Tätigkeiten sollte beschränkt werden; auch sollten sie als eigene Nation behandelt werden (im Gegensatz zu den Errungenschaften der Revolutionäre von 1791), da sie keine Franzosen sein und sich auch nicht an das jeweilige Aufenthaltsland binden könnten. Dieser Antisemitismus – der nicht rassistisch war – sah weder Konversion, Ausweisung noch Vernichtung der Juden vor.

Während des Ersten Weltkriegs unterstützte die „Action française“ die „heilige Union“ (union sacrée) der politischen Kräfte Frankreichs und enthielt sich jeglicher Angriffe auf die Republik. Die Zeitung, die sich in dieser Zeit stark entwickelte, widmete sich hauptsächlich der Anprangerung von Verrätern und Defätisten, aber auch von Juden, wenn diese im Geschäft mit den Deutschen standen oder auf andere Weise vom Krieg profitierten. In der Zwischenkriegszeit erreichte das Blatt einen beachtlichen Einfluss, der sich aber nicht in den Verkaufszahlen niederschlug (1939 betrug die Auflage nicht mehr als 45.000). Ihre durchaus brillanten und scharfzüngigen Journalisten lösten Polemiken und Affären aus, welche die „Action française“ zu nutzen wusste, um ihr kämpferisches Image zu stärken. Die päpstliche Verurteilung der „Action française“ als Bewegung von 1926 führte zwar zu einer nachhaltigen Schwä-

chung ihres Einflusses, doch blieb die Zeitung weiterhin ihren Grundsätzen treu: integraler Nationalismus, Germanophobie, Xenophobie sowie Sympathie für die faschistischen Regime und ein starker Antikommunismus.

Ihr traditioneller Antisemitismus veränderte sich nicht, auch wenn in Maurras' Augen nun bestimmte jüdische Kriegsveteranen Frankreich im Ersten Weltkrieg Dienste erwiesen haben konnten. Die → „Protokolle der Weisen von Zion“ stießen hier auf wenig Echo, aber die Perspektive einer „jüdischen Heimstätte“ als Ziel des Zionismus und potenzielles Zentrum einer jüdischen Weltverschwörung beunruhigte. Das antijüdische Ressentiment der „Action française“ verstärkte sich mit der Immigration von Juden aus Mittel- und Osteuropa in den 1920er und 1930er Jahren und fand seinen Höhepunkt unter der „Volksfront“-Regierung (Front populaire), als Maurras seine Attacken auf Léon Blum konzentrierte, als Inkarnation des „Anti-Frankreich“, das die Macht in Frankreich übernommen habe. Maurras wurde im Frühjahr 1936 wegen Anstiftung zu physischer Gewalt zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Wie die rechtsextremen Ligen wurde auch die Bewegung der Action française verboten, nicht aber die Zeitung, die weiterhin ihren Antisemitismus vertreten konnte, beispielsweise durch die Beiträge von Darquier de Pellepoix.

Ende der 1930er Jahre, übrigens nicht ohne beredte Widersprüche, richteten sich die antisemitischen Angriffe der „Action française“ gegen die jüdischen „Kriegsanstifter“, die beschuldigt wurden, Frankreich um jeden Preis in den Krieg gegen Deutschland zu hetzen, und zwar im Namen eines höheren Interesses, das nicht französisch sei. Die vermeintlichen Motive seien Rachepläne gegen den Antisemiten Hitler, aber die Beschuldigten würden dabei gleichzeitig dessen Spiel und auch jenes von Moskau spielen. Daudet zufolge war Herschel Grynszpan extra bevollmächtigt worden, einen Krieg anzuzetteln und eine neue Welle jüdischer Immigration nach Frankreich als Folge der durch seine Tat ausgelösten „Reichskristallnacht“ in Gang zu setzen. Die Devise der „Action française“ lautete demnach: „Kein Krieg für die Juden!“ Sowohl für den Kriegsausbruch als auch für die französische Niederlage von 1940 wurde dementsprechend den Juden die Schuld zugeschrieben.

Die Leitung der Zeitung verließ Paris während des französischen militärischen Zusammenbruchs und beendete ihre Flucht im Oktober 1940 in Lyon in der unbesetzten Zone. Die Errichtung des État Français unter der Führung von Marschall Pétain stellte in ihren Augen die „göttliche Überraschung“ (divine surprise) dar: Ideen, die die Zeitung seit vierzig Jahren propagierte, konnten nun verwirklicht werden. Der Antisemitismus wurde tatsächlich zur offiziellen Politik, die antijüdischen Maßnahmen – die Judenstatute von Oktober 1940 und Juni 1941 – schlossen Juden aus dem öffentlichen Leben Frankreichs aus und unterstellten sie der Kontrolle des Commissariat Général aux Questions Juives, dessen erste Verantwortliche aus dem Kreis der „Action française“ stammten. Die gerichtlichen Verfahren, die gegen die „Verantwortlichen“ der Niederlage, die republikanischen „Kriegsanstifter“, vor allem jüdische Persönlichkeiten, eingeleitet wurden, entsprachen den Forderungen der „Action française“, die die verschiedenen Maßnahmen erwartungsgemäß begrüßte. Die ab Sommer 1942 einsetzenden Massendeportationen der Juden Frankreichs wurden allerdings kaum beachtet.

Die Entwicklung des Vichy-Regimes und dessen progressives Abgleiten unter volle deutsche Kontrolle gingen mit der Schwächung der „Action française“ einher, denn

Maurras galt zu recht als Deutschlandhasser. Die Extremisten der Kollaboration unterstellten ihm gar, den Juden in die Hände zu arbeiten. Hingegen wechselten einige seiner Anhänger in die Widerstandsbewegung über. Maurras hielt trotzdem bis zum Ende zum Regime (und auch über 1944/1945 hinaus), da es die Umsetzung seiner Ideen ermöglicht hätte. Die Niederlage Deutschlands und der Zusammenbruch des *État français* bedeuteten das Ende der „Action française“: Maurras wurde in Lyon festgenommen und vor Gericht gestellt. Sein Prozess endete im Januar 1945 mit der Verurteilung zu lebenslanger Haft und der Aberkennung der Bürgerrechte. Er selbst meinte dazu: „Dies ist Dreyfus' Rachel!“

In der Nachkriegszeit wurden die royalistischen Thesen von der Zeitschrift „*Aspects de la France*“ aufgegriffen; der Antisemitismus wurde allerdings aufgegeben.

*Dominique Trimbur*

## Literatur

Laurent Joly, Les débuts de l'Action française (1899–1914) ou l'élaboration d'un nationalisme anti-Semite, in: *Revue historique* 3 (2006), S. 695–718.

Laurent Joly, D'une guerre l'autre. L'Action française et les Juifs, de l'Union sacrée à la Révolution nationale, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 59 (2012), 4, S. 97–123.

Jean-Marc Joubert, L'antisémitisme d'État de Charles Maurras, in: Ilana Y. Zinguer, Sam W. Bloom (Hrsg.), *L'antisémitisme éclairé. Inclusion et exclusion depuis l'Époque des Lumières jusqu'à l'affaire Dreyfus*, Leiden 2003, S. 333–348.

## Adel und Rasse → Rassenkunde des deutschen Volkes

## Adversus-Judaeos-Traktate

Adversus-Judaeos-Traktate sind jene Texte christlicher Autoren, die bereits im Titel als Texte „gegen die Juden“ ausgewiesen werden. Da sich die antijüdischen Aussagen der Kirchenschriftsteller jedoch nicht nur auf die eigens „Adversus Judaeos“ titulierten Texte beschränken, wird diese Bezeichnung in der Retrospektive auch in einem umfassenderen Sinn als gattungsübergreifende Sammelbezeichnung für judenkritische, respektive judenfeindliche Texte überhaupt verwandt (Schreckenberger).

Die seit dem 2. Jahrhundert von griechischen, lateinischen und syrischen Kirchenschriftstellern verfassten Adversus-Judaeos-Texte erscheinen als Predigten, Briefe, fiktive Dialoge, Traktate oder Testimonien und wenden sich nicht nur gegen die Juden und das Judentum, sondern auch gegen judaisierende, d. h. mit dem Judentum sympathisierende, Christen. Damit ist bereits offensichtlich, dass die eigentlichen Adressaten der Texte Christen und nicht Juden sind. Der älteste „Adversus-Judaeos“ titulierte Text aus dem 2. Jahrhundert ist nur aus der Literatur bekannt und wurde von dem Rhetor und Apologeten Miltiades aus Kleinasien verfasst, wie Eusebius (gest. 340) in seiner „Kirchengeschichte“ überliefert. Ob die unter dem Titel „Adversus Judaeos“ erschienene und später Cyprian (gest. 258), dem Bischof von Karthago, zugeschriebene Predigt die älteste lateinische Predigt dieses Titels ist, hängt von ihrer nicht unumstrittenen Datierung ab (um 175 oder 3. Jahrhundert).

Als erster in Latein schreibender christlicher Schriftsteller wird Tertullian (gest. 220) mit seinem Werk „Adversus Judaeos“ in der lateinischen Kirche traditionsbildend für eine Vielzahl von judenfeindlichen Schriften. In seinem Werk wird bereits das antijüdische Repertoire der christlichen Kirche vor dem Hintergrund der Enttöbungs- und Substitutionsthese entfaltet. In Anlehnung an das Buch Genesis, jedoch entgegen der jüdischen Tradition entwirft Tertullian das Bild zweier Völker, nach dem die Brüder Esau und Jakob jeweils das jüdische Volk und das christliche Volk repräsentieren und folglich die Christen die Juden als neues Gottesvolk ablösen. Indem Tertullian weiterhin auf die dem Judentum fremde Unterscheidung zwischen Zeremonial- und Moralgesetz rekurriert, wobei Ersteres seit Christus keine Gültigkeit mehr hat und Letzteres im Christentum aufgehoben ist, versucht er die Bedeutung des jüdischen Glaubens herabzusetzen und gleichzeitig die absolute Bedeutung des christlichen Glaubens aus den Schriften des Alten Testaments, deren rechtes Verständnis allein den darin den Juden überlegenen Christen gegeben ist, herzuleiten. Tertullian sucht den Absolutheitsanspruch des Christentums nicht nur unter Rekurs auf die biblischen Schriften zu begründen, sondern stellt ebenso heraus, dass das von Gott abgefallene jüdische Volk zur Bestrafung infolge der Tempelzerstörung in der Zerstreuung lebt, weil es Jesus von Nazareth nicht als Christus erkannt hat. Die Kirche tritt somit das Erbe der von Gott aufgrund ihrer Verfehlungen verworfenen Synagoge an. Bereits bei Tertullian wird das Attribut „jüdisch“ zu einer Chiffre des Falschen und Unwahren.

Gegenüber dem bedeutenden Einfluss Tertullians in der antijüdischen Rezeptionsgeschichte spielt die in ihrer Echtheit umstrittene, nur fragmentarisch erhaltene Schrift Hippolyts (gest. 235) „Demonstratio adversus Judaeos“ aufgrund ihrer Abfassung in griechischer Sprache nur eine nachgeordnete Rolle. Von Cyprian (gest. 258), dem Bischof von Karthago, liegt eine in drei Bücher gegliederte Materialsammlung vor, die auch unter dem Titel „Testimoniorum libri adversus Judaeos“ überliefert ist, wobei das erste Buch eine Apologie gegen die Juden bietet. In ihr findet sich der fortlaufende Verweis auf die heilsgeschichtliche Ablösung der Juden durch die Christen ebenso wie auf die Schriftblindheit der Juden, deren Rettung allein die Taufe ermöglicht.

In der Tradition der cyprianischen Testimonia steht Isidor von Sevilla (gest. 635), herausragender spanischer Schriftsteller der westgotischen Zeit, mit seiner Schrift „De fide catholica contra Iudaeos“. Von Augustinus (gest. 430), dem bedeutendsten und in der westlichen Kirche einflussreichsten Kirchenvater, ist eine sogenannte Judenpredigt aus dem Jahr 425 unter dem Titel „Adversus Judaeos“ überliefert, die apologetisch ausgerichtet ist und den verworfenen Juden die Möglichkeit der Bekehrung einräumt. Johannes Chrysostomos (gest. 407), der größte Prediger der griechischen Kirche und Bischof von Konstantinopel, verunglimpft in seinem Kampf gegen judaisierende Christen die Juden in einer überaus aggressiven Polemik in einem Zyklus von acht „Adversus Judaeos“ titulierten Reden (Homilien). Um das hohe Ansehen der Juden in Antiochien herabzusetzen und die reale Attraktivität ihrer Religion zu schmälern, bezeichnet er die Juden als Hunde und das Judentum als ansteckende Krankheit sowie ihre Synagoge als Hurenhaus und Räuberhöhle. Wie schon bei Johannes Chrysostomos erfahren auch die späteren Adversus-Judaeos-Schriften neben dem wiederkehrenden Repertoire antijüdischer Stereotype eine ihrer Zeitgeschichte entsprechende Kontextualisierung und mitunter auch verschärfende Aktualisierung.

So bezieht sich der Cluniazenserabt Petrus Venerabilis (gest. 1158) in seiner durch antijüdische Polemik ausgewiesenen Abhandlung „Adversus Judaeorum Inveteratam Duritiem“ erstmalig ausführlich auf den „Talmuth“ als Sammelbegriff für die zeitgenössische jüdische gelehrte Literatur und leitet damit in ein Themenfeld ein, das knapp einhundert Jahre später mit der Verurteilung des Talmuds durch Juristen und Gelehrte der Pariser Universität seinen vermeintlich ersten Höhepunkt erreichen sollte.

Die Adversus-Judaeos-Traktate der Kirchenschriftsteller und ihre Rezeptions- und Wirkungsgeschichte stehen pars pro toto für eine christliche Judenfeindschaft, deren polemische antijüdische Rhetorik über die verbale Ebene der innerchristlichen Glaubenssicherung hinaus eine erhebliche zerstörerische Kraft entfalten konnte, sodass auf die theologische Verurteilung der Juden oftmals die Bedrohung und Vernichtung ihrer physischen Existenz folgte. Die Kirchenschriftsteller, die – nicht nur in den Adversus-Judaeos-Traktaten – durch die theologische Herabsetzung der jüdischen Religion sowie die literarisierende, pejorative Konstruktion der Juden die christliche Religion als die einzig wahre legitimieren wollten, dekonstruierten darin jedoch nur a posteriori die eigene Religion.

*Matthias Blum*

## Literatur

Heinz Schreckenberg, Die christlichen Adversus-Judaeos-Texte und ihr literarisches und historisches Umfeld (1.–11. Jh.), Frankfurt am Main 1999<sup>4</sup>.

Heinz Schreckenberg, Die christlichen Adversus-Judaeos-Texte (11.–13. Jh.); mit einer Ikonographie des Judenthemas bis zum 4. Laterankonzil, Frankfurt am Main 1997<sup>3</sup>.

Heinz Schreckenberg, Die christlichen Adversus-Judaeos-Texte und ihr literarisches und historisches Umfeld (13.–20. Jh.), Frankfurt am Main 1994.

## Ahasverus oder die Judenfrage (Constantin Frantz, 1844)

Die Broschüre „Ahasverus oder die Judenfrage“ von 1844 ist die erste Auseinandersetzung von Constantin Frantz (1817–1891) mit der „Judenfrage“ und eine seiner ersten Publikationen überhaupt. Sie unterscheidet sich von seinen späteren Arbeiten vor allem dadurch, dass er hier in die Debatte um die rechtliche Emanzipation der Juden eingreift. Später geht es ihm um die Auswirkungen der Emanzipation, die er hier noch zu verhindern hofft. Die Broschüre ist bedeutend als eine sehr frühe Schrift mit Elementen des rassistischen Antisemitismus. Große Verbreitung fand die Schrift mit ihren 45 Seiten nicht; bis zur Neuauflage von Hans Elmar Onnau 1994 war weltweit nur ein einziges Exemplar in einer Bibliothek in Cincinnati bekannt.

Die Broschüre beginnt mit einer philosophischen Auseinandersetzung um das Wesen des Staates, in der sich Frantz noch wesentlich an Hegel orientiert, den er später zugunsten Schlegels ablehnen sollte. Überhaupt steht hier eher das Wesen des Staates, vor allem Preußens, im Mittelpunkt. Die bürgerliche Lage der Juden wird von Frantz auf den Staatsbegriff bezogen. Der moderne Staat ist für ihn der christliche Staat, der sich aus der Überwindung der antiken Gleichstellung von Nationalgöttern und Staat speist.

Da nach Frantz der jüdische Gott nichts weiter als einer dieser Nationalgötter ist, „könnte die Judenfrage schon als gelöst erscheinen, [denn] der rechte Jude kann daher nur Staatsbürger sein in einem jüdischen Staate, und wenn nicht in einem jüdischen Staate, überhaupt gar nicht“. Die verbleibenden Seiten widmet Frantz dem praktischen Problem, wie die Stellung der Juden im christlichen Staat geregelt werden solle. Vereinfacht gesagt: Da Nationalität und Religion bei den Juden laut Frantz identisch sind, können sie im christlichen Staat immer nur Fremde bleiben. Sie haben keine eigenen Rechte, sondern werden nur aus Menschenliebe geduldet. Damit dürfen sie kein Staatsamt bekleiden, müssen und dürfen keinen Militärdienst leisten, unterliegen nicht der staatlichen Schulpflicht (sie müssen aber eigene Schulen einrichten) und dürfen selbstverständlich auch keine „Mischehen“ mit Christen eingehen; sie sind Bürger zweiter Klasse.

Frantz legt in seiner Argumentation großen Wert auf den christlichen Charakter des europäischen Staates. Handelt es sich also „nur“ um klassischen, religiös bedingten Judenhass, der mit der Taufe sein Ende findet? Mitnichten, denn Frantz geht es nicht um Individuen, sondern um Kollektive. Als Volk insgesamt haben die Juden den Messias verworfen, und das lässt sich nicht individuell abstreifen. „Die Juden werden Juden bleiben bis an's Ende der Tage, zerstreut unter den Christen.“ Zwar erwähnt Frantz nirgendwo den Begriff der „Rasse“, aber das wäre 1844 auch anachronistisch gewesen. Doch das Schicksal „des“ Juden, als Fremder schlechthin zu gelten, impliziert ein kollektives Schicksal und damit überindividuelle Rasseeigenschaften. Ahasver ist kein Individuum, sondern „[d]as jüdische Volk selbst ist der ewige Jude“, wie es im Schlussabsatz des Werkes heißt. Erst in seinem Untergang kann die Fremdheit aufgehoben werden.

Das ist durchaus im Sinne des sonstigen Denkens von Frantz, der mit dem liberalen Individualismus wenig anfangen konnte und wesentlich in Körperschaften dachte, die sich föderativ zu höheren Einheiten verbinden sollten. Dabei waren die Juden geduldet, mehr aber auch nicht. Die von Frantz geforderte Einrichtung eigener jüdischer Behörden erinnert an die Ghettoisierung. Als föderalistischer Theoretiker allerdings, der Frantz in der Staatstheorie des 19. Jahrhunderts hauptsächlich ist, sieht er einen legitimen Weg der Juden in die Gesellschaft: Wenn föderative Körperschaften auf kommunaler und gesellschaftlicher Ebene Juden als Genossen aufnehmen, dann können sie dies tun und dürfen es auch später nicht zurücknehmen. Aber dies ist nur ein schwacher Trost, denn staatliche Ämter oder Anerkennung sind nicht damit verbunden.

In seinen späteren Schriften hat Frantz diese Gedanken wiederholt und wesentlich verschärft erneut dargelegt. Die Grundlagen sind aber auch schon 1844 vorhanden; die Stereotypen (Juden und Geldwucher), die Behandlung als Bürger zweiter Klasse, die enge Verbindung von Politik und Religion, und vor allem auch der rassisch bedingte Ausschluss der „Fremden“ aus der deutschen und europäischen Gesellschaft.

*Michael Dreyer*

## Literatur

Constantin Frantz, Ahasverus oder die Judenfrage. Neudruck der Ausgabe Berlin 1844, hrsg. von Hans Elmar Onnau, Siegburg 1994.

Michael Dreyer, Judenhaß und Antisemitismus bei Constantin Frantz, in: Historisches Jahrbuch 111 (1991), S. 155–172.

## Ains Juden büechlins verlegung (Johannes Eck, 1541)

Das 1541 von Johannes Eck verfasste und veröffentlichte Buch „Ains Juden büechlins verlegung: darin ain Christ/ gantzer Christenhait zů schmach/ will es geschehe den Juden vnrecht in bezichtigung der Christen kinder mordt. Hierin findst auch vil histori/ was übels vnd bücherey die Juden in allem teütschen Land/ vnd ändern Künigreichen gestift haben“ ist im Kontext der Instrumentalisierung und Funktionalisierung von Judentum und Juden innerhalb der konfessionellen Polemik angesiedelt. Die jeweils gegen die Gegner erhobenen Vorwürfe behaupten u. a. eine theologische Beeinflussung oder finanzielle Bestechung durch Juden, die Praxis des Judaisierens oder jüdische Abstammung. Dieses bereits in der Antike bekannte Modell der Ketzerpolemik dient dazu, den Gegner als außerhalb der christlichen Gemeinschaft stehenden und als Parteigänger der Feinde der Christen zu kennzeichnen. Es handelt sich bei dieser Form der Auseinandersetzung um ein Verbindungsglied zwischen innerkirchlichen Kontroversen und dem Antijudaismus, an dem sie partizipiert und zugleich in seiner Funktion erweitert. Denn die innere Logik des Arguments beruht darauf, die Juden als absolut gottlos und menschenfeindlich zu zeigen, um ihre angeblichen Unterstützer in möglichst hohem Maße zu diffamieren. Innerhalb der durch die Reformation begründeten Auseinandersetzungen machten beide Seiten von diesem Modell Gebrauch. Dabei ist vorausgesetzt, dass die jeweiligen Verfasser annehmen durften, das Arsenal des Antijudaismus sei den Rezipienten ihrer Schriften nicht nur bekannt, sondern auch glaubwürdig, es mithin brauchbar war, um den Gegner zu „entlarven“. Eck, der den Verfasser der ihm 1540 bekannt gewordenen Schrift „Ob es war und glaublich sey, daß die Juden der christen kinder heymlich erwürgen und ir blut gebrauchen“ – dass es sich beim Autor um Andreas Osiander (1498–1552) handelt, ist zwar möglich, aber nicht mit Sicherheit zu belegen; allerdings könnte dann eine Bekanntschaft von Eck und Osiander wegen der gemeinsamen Zeit an der Universität Ingolstadt vorausgesetzt werden – für einen evangelischen Prädikanten hält, will nicht nur dessen Schrift widerlegen, sondern auch den Herrschenden darlegen, dass die gegnerische Gruppe gegen sie aufrührerisch tätig ist, denn wenn die Juden zu Unrecht verfolgt würden, dann wäre offensichtlich, dass Regierende und Kirche sie aus niederen Beweggründen terrorisierten.

Das Buch ist Cristoforo Madruzzo, dem Bischof von Trient, gewidmet. Dies geschieht nicht nur, weil Eck gute Verbindungen in das Bistum hat, sondern auch in ausdrücklicher Erinnerung an den bekanntesten Fall eines Ritualmordvorwurfs, Simon von Trient. Allerdings lässt sich hier belegen, wie unterschiedlich die Stellung zu den Juden sein konnte. Im Jahr 1548, als es auf Anweisung des Papstes zu Verbrennungen jüdischer Bücher kommt, wird mit Zustimmung und unter Schirmherrschaft des Bischofs von Trient ebendort eine jüdische Druckerei gegründet.

Der Aufbau der Schrift und ihre rhetorische Durchführung belegen, dass Eck an einer weiten Verbreitung gelegen war. Dafür spricht auch die teilweise grobe Polemik des Textes, die man auch aus anderen Veröffentlichungen Ecks kennt. Die Originalität



der Ausführungen wird in der Literatur unterschiedlich bewertet. Zweifelsohne findet sich durch die gewalttätige Sprache eine Verschärfung der antijüdischen Motive, die er gelegentlich neu kontextualisiert, aber im Kern greift er vorhandene Elemente auf. So finden sich Ansätze zu einer Verschwörungstheorie bereits während der ersten Pest, und der Vorwurf des Wucherns gehörte spätestens seit der franziskanischen Predigt zur Etablierung eigener Banken (Monte di Pietà) zum Inventar der Judenfeindschaft. Auch bei den Ritualmordbeschuldigungen greift Eck auf Argumente zurück, die in mancher Hinsicht ihre Wurzeln in der Antike haben und bereits aktualisiert worden waren. Die Aussage, dass Personen, die die Judenfeindschaft nicht teilten, von Juden bestochen seien, findet sich bereits bei Agobard von Lyon; bemerkenswert ungewöhnlich ist allerdings, dass Eck diesen Vorwurf gegen Bestreiter des Ritualmords erhebt, obwohl dazu Päpste und Fürsten zu zählen sind, was ihm zweifelsohne bekannt war.

Diese Rigidität, die seinen theologischen Interessen als Verteidiger des Papsttums zuwider lief, verweist auf die eigentliche Intention seiner Schrift, nämlich das jüdenfeindliche kirchliche Verhalten in Vergangenheit und Gegenwart als fehlerfrei darzustellen, um auch hier keine Infragestellung der Autorität zuzulassen. Im Rahmen der apologetischen Tendenz werden die Juden weiterhin stigmatisiert und der kirchliche Antijudaismus fortgeschrieben, wobei Eck versucht, Letzteren in den Rang eines Ausweises der Rechtgläubigkeit zu heben.

Für die Geschichte der Judenfeindschaft ist Ecks Schrift nicht wegen ihrer Rezeption, die offensichtlich eher gering ausfiel, von Bedeutung, sondern als Dokument aller möglichen Motive des Antijudaismus, weswegen sie durchaus zu den *Adversus-Iudaeos*-Schriften (→ *Adversus-Iudaeos*-Traktate) gezählt werden kann, und als Beleg für die Verwendbarkeit des Antijudaismus in neuen Kontexten und theologischen Diskursen. Sie kann somit als ein Baustein zur Erklärung des Phänomens gelten, dass der Antijudaismus selbst dann überlebte, wenn es in der Theologie zu entscheidenden Veränderungen kam.

*Rainer Kampling/René Koch*

## Literatur

- David Bagchi, *Catholic anti-Judaism in Reformation Germany. The case of Johann Eck*, in: Diana Wood (Hrsg.), *Christianity and Judaism. Papers Read at the 1991 Summer Meeting and the 1992 Winter Meeting of the Ecclesiastical History Society*, Oxford 1992, S. 253–263.
- Remigius Bäumer, *Die Juden im Urteil von Johannes Eck und Martin Luther*, in: *Münchener Theologische Zeitschrift* 34 (1983), S. 253–278.
- Robert Bireley, *The Catholic Reform, Jews, and Judaism in Sixteenth-Century Germany*, in: Dean Phillip Bell, Stephen G. Burnett (Hrsg.), *Jews, Judaism and the Reformation in Sixteenth-Century Germany*, Leiden 2006, S. 249–268.
- Johannes Brosseder, *Die Juden im theologischen Werk von Johann Eck*, in: Rolf Decot, Matthieu Arnold (Hrsg.), *Christen und Juden im Reformationszeitalter*, Mainz 2006, S. 77–96.
- Winfried Frey, *Ritualmordlüge und Judenhass in der Volkskultur des Spätmittelalters. Die Schriften Andreas Osianders und Johannes Ecks*, in: Peter Dinzelbacher, Hans-Dieter Mück (Hrsg.), *Volkskultur des europäischen Spätmittelalters*, Stuttgart 1987, S. 177–197.

- Brigitte Hägler, Die Christen und die „Judenfrage“. Am Beispiel der Schriften Osianders und Ecks zum Ritualmordvorwurf, Erlangen 1992.
- Johannes Heil, Gottesfeinde – Menschenfeinde. Die Vorstellung von jüdischer Weltverschwörung (13. bis 16. Jahrhundert), Essen 2006.
- Alfred Raddatz, Johannes Eck 1541 und Luther 1543. Über die Behandlung der Juden, in: James Alfred Loader, Hans Volker Kieweler (Hrsg.), Vielseitigkeit des Alten Testaments. Festschrift für Georg Sauer zum 70. Geburtstag, Frankfurt am Main 1999, S. 369–373.
- Steven Rowan, Luther, Bucer, and Eck on the Jews, in: The Sixteenth Century Journal 16 (1985), S. 79–90.

## **Ains Judenbüchleins Widerlegung → Ains Juden büechlins verlegung**

### **Die Aktion (1911–1932)**

„Die Aktion. Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst“ erschien von 1911 bis 1932, die Auflage erreichte eigenen Angaben zufolge 7.000 Exemplare. Die von Franz Pfemfert herausgegebene Wochenzeitschrift „Die Aktion“ ist als Organ früher expressionistischer Literatur bekannt, in dem Gottfried Benn, Max Brod, Else Lasker-Schüler veröffentlichten. Dabei ging Pfemferts Suche nach neuen künstlerischen Ausdrucksformen mit politischer Radikalität einher. In der ersten Ausgabe im Februar 1911 hieß es: „Die Aktion‘ tritt, ohne sich auf den Boden einer bestimmten politischen Partei zu stellen, für die Idee einer Großen Deutschen Linken ein.“ Während des Ersten Weltkriegs gründete Pfemfert die Antinationale Sozialisten-Partei/Gruppe Deutschland, die ihren Aufruf aber erst am 16. November 1918 publizierte, und veröffentlichte illegal Rosa Luxemburgs „Die Krise der Sozialdemokratie“. Für kurze Zeit Mitglied der KPD, verfolgte der Rätekommunist Pfemfert nach anfänglicher Begeisterung für die russische Revolution die Bolschewisierung und Stalinisierung kritisch. Bemerkenswert war das frühe Engagement gegen die Judenfeindschaft („Deutsche Juden“, Aktion vom 6. September 1913; „Entschiedenenes Deutschtum“, Aktion vom 27. September 1913), später auch innerhalb der Kommunistischen Internationale. 1923 gab Pfemfert in Auszügen die Rede von Ruth Fischer, Mitglied der KPD-Zentrale, vor völkischen Studierenden wieder: „Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? *Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer*, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. *Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.*“ („Die schwarzweisrote Pest im ehemaligen Spartakusbund“, Aktion 1923)

Ab Mitte der 1920er Jahre beschrieb Pfemfert die KPdSU als konterrevolutionär und Stalin als „den antisemitischen Faschisten Stalin“ („Existiert noch eine Internationale des revolutionären Proletariats? Zu den Führerkämpfen in Russland“, Aktion, Februar 1928). Zur gleichen Zeit referierte „die Aktion“ Berichte der Prawda über „den wachsenden Antisemitismus unter den Jungkommunisten“ (Aktion, Dezember 1928). Zweimal, 1927 und 1931, verwies „Die Aktion“ auf eine nationalsozialistische Broschüre, die nur deswegen beachtenswert sei, weil sie den Machtkampf zwischen Stalin und Leo Trotzki als „Kampf Rußlands gegen das Judentum“ darstellte. Trotz grundsätzlicher Differenzen wegen der Niederschlagung des Kronstädter Aufstands solida-

risierte sich „Die Aktion“, die gegen Ende der Weimarer Republik unregelmäßiger erschien, mit Leo Trotzki und veröffentlichte dessen Texte. Alexandra Ramm-Pfemfert übersetzte Trotzki's Schriften offiziell ab 1929. In „Mein Leben. Versuch einer Autobiographie“ schrieb Trotzki: „Die Frage meines Judentums bekam erst mit Beginn der politischen Hetze gegen mich Bedeutung. Der Antisemitismus erhob das Haupt gleichzeitig mit dem Antitrotzkismus.“ Im Briefwechsel mit Trotzki thematisierten die Pfemferts mehrmals Judenfeindschaft unter Kommunisten. Trotzki zitierte in „Thermidor und Antisemitismus“ aus einem Brief Pfemferts, wonach dieser „in der Aktion vor Jahren erklärte, viele Handlungen des Stalin seien auch mit seiner antisemitischen Gesinnung zu deuten“.

Alexandra Ramm-Pfemfert, Pfemferts Ehefrau, stammte aus einer jüdischen Familie und war 1901 vor den Pogromen aus Russland geflohen. Nach einer Palästina-Reise kritisierte sie 1927 den Zionismus, ganz anders als die antizionistische Komintern, dafür, dass Juden, die nur Jiddisch sprachen, „in Erez Israel zum Fremden gemacht“ würden. Franz Pfemfert, der kein Jude war, vermachte einen Teil seines Nachlasses dem „Fonds für Häuserbau in Israel“. Seit 1981 erscheint im Hamburger Nautilus-Verlag eine Zeitschrift „Die Aktion“, die sich in der Tradition Franz Pfemferts sieht.

*Olaf Kistenmacher*

## Literatur

Julijana Ranc, Alexandra Ramm-Pfemfert. Ein Gegenleben, Hamburg 2003.

## **Al-Yahud wa al-Yahudiya wa al-Sihyuniya (Abd al-Wahab al-Masiri, 1999)**

Die achtbändige Enzyklopädie „Die Juden, das Judentum und der Zionismus“ (Al-Yahud wa al-Yahudiya wa al-Sihyuniya) wurde 1999 von Abd al-Wahab al-Masiri veröffentlicht. Sie wurde 1999 vom renommierten Verlagshaus „Dar ash-Shorouk“ herausgegeben und im selben Jahr auf der Kairoer Buchmesse mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Der 2008 verstorbene ägyptische Literaturprofessor gilt als profunder Kenner „des Judentums“ und „des Zionismus“.

Die Enzyklopädie soll laut Ankündigung „alternative Wege“ anbieten, das „jüdische, zionistische und israelische Phänomen“ zu analysieren. In über 2.300 Einträgen auf 400 Seiten pro Band werde ein umfassender Überblick über „jüdische und zionistische Konzepte und Begriffe“ geboten. Im zweiten Band, der als Schwerpunkte u. a. „Die Natur der Juden zu allen Zeiten und allen Orten“ behandelt, findet sich ein beachtenswerter Eintrag über die → „Protokolle der Weisen von Zion“. Zwar macht al-Masiri deutlich, dass es sich bei den „Protokollen“ um eine Fälschung handelt, jedoch bietet er eine modernisierte, ebenfalls verschwörungstheoretische Lesart an. So entspreche der in den „Protokollen“ formulierte Herrschaftsanspruch dem tatsächlichen Programm des Zionismus und es sei wahrscheinlich, dass Israel die „Protokolle“ im arabischsprachigen Raum verbreite, um Angst vor der „Allmacht“ der Juden zu schüren. Viele weitere Einträge lesen sich wie eine Sammlung antisemitischer Stereotype, beispielsweise über typisch „jüdische Berufe“ oder „jüdische Eigenschaften“, die im Laufe der Jahrhunderte Teil „ihres Wesens“ geworden seien.

Grundlegend für die in seiner Enzyklopädie entfaltete Theorie ist die Unterscheidung zwischen „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“. Während sich Erstere durch einen „sozialen Kern“ auszeichne, bestehe Letztere aus rein „funktionalen Gruppen“, in denen die Individuen auf ihre Funktionen reduziert würden. Historisch seien die Juden durch äußeren Druck als „funktionale Gruppe“ organisiert gewesen. Mit der Säkularisierung habe sich das Prinzip der „funktionalen Gruppen“ auf alle westlichen Gesellschaften übertragen und das Ende der Gemeinschaften herbeigeführt, was gleichzeitig die Eliminierung des Heiligen bedeute. Dies bezeichnet al-Masiri als „Judaisierung der Gesellschaft“, in der jede Person im funktionalen Sinne zu einem „Juden“ würde. Weil die Vergesellschaftung der „funktionalen Gruppen“ und die Globalisierung spezifisch westlich seien, müsse sich ein „neuer islamischer Diskurs“ herausbilden, der das westliche Wertesystem zurückweist und ihm mit „dem Islam“ einen überlegenen moralischen Referenzrahmen entgegensetzt.

Nicht nur ist dieser Entwurf eines „neuen islamischen Diskurses“ von vielen Intellektuellen begeistert aufgenommen worden, das Buch gilt heute vielmehr als ein Standardwerk über das Judentum, das an Universitäten benutzt wird. Auch wenn „die Juden“ nicht zentrales Feindbild seiner Analyse sind und er verschwörungstheoretisches Denken ablehnt, reproduziert al-Masiri eine Vielzahl antisemitischer Motive und schafft einen modernisierten Verbreitungsmythos zu den „Protokollen“.

*Malte Gebert*

## Literatur

Götz Nordbruch, Rationalizing the Hidden Hand, in: Esther Webman (Hrsg.), The Global Impact of The Protocols of the Elders of Zion. A century-old myth, London 2011, S. 229–238.

## Alldutsche Blätter (1894–1939)

Die Organisation, die soziale Struktur der Leserschaft und die weltanschaulichen Debatten der „Alldutschen Blätter“ sind unmittelbar mit dem 1891 gegründeten Allgemeinen Deutschen Verband verbunden, der 1894 in Alldutscher Verband (ADV) umbenannt wurde. Die Redakteure wurden vom Alldutschen Verband aus den eigenen Reihen ernannt und waren zu den Verbandstagen eingeladen. Berichte über Versammlungen des Alldutschen Verbands, Aufrufe für zahlreiche Sammlungen, Ankündigungen der einzelnen Ortsgruppen und Leitartikel von führenden Mitgliedern des Alldutschen Verbands bestimmten die Berichterstattung der „Alldutschen Blätter“.

Zentrales Anliegen des Alldutschen Verbands war die außerparlamentarische Beeinflussung der öffentlichen Meinung für die Unterstützung einer expansiven Weltpolitik und einer Hegemonialstellung auf dem europäischen Kontinent sowie einer radikalen kulturellen und ethnischen Homogenisierung im Deutschen Reich. Die Übereinstimmung zwischen Volk und Staat und die eindeutige Definition der deutschen Volkszugehörigkeit sollten in einem alldutschen Gesellschaftsentwurf, der ständestaatlich organisiert war, im Wilhelminischen Deutschland durch Krieg und in der Frühphase der Weimarer Republik durch einen militärischen Putsch beziehungsweise

nach 1923 durch die restriktive Anwendung des Verfassungsartikels 48 erreicht werden.

Die Gründung des Verbandes war zunächst eingebettet in die sich verstärkt organisierende Kolonialbewegung der 1880er Jahre. Dies schien zunächst für den Erfolg des Verbandes und den rasanten Anstieg der Mitgliederzahl zu sprechen. Nach nur kurzem Bestehen brach die Mitgliederzahl jedoch 1893 ein und es drohte die Auflösung des Verbandes. Der zweite Verbandsvorsitzende Ernst Hasse (1848–1908) versuchte, die zwischen 1891 und 1893 in unregelmäßiger Abfolge erschienene Flugschriftenreihe „Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes“ wieder zu ermöglichen. Schließlich beschloss man 1893 mittels Zuschussfinanzierungen die Gründung der „Alldeutschen Blätter“, die als Kommunikationsgrundlage zwischen Mitgliedern, Ortsgruppen und Hauptleitung und zur „Aufklärung der öffentlichen Meinung“ den Fortbestand des Verbandes sichern sollten. Wurden die „Mitteilungen“ zwischen 1891 und 1893 noch mit einer Auflage von 10.000–12.000 publiziert, so musste man aufgrund des chronischen Geldmangels 1894 zunächst mit 2.500 Exemplaren die Herausgabe wieder beginnen.

Die Mitgliedschaft im Alldeutschen Verband war bis 1915/16 nicht an das Abonnement der „Alldeutschen Blätter“ gebunden. Genauso wie die Mitgliederzahlen war die Auflagenhöhe jährlichen Schwankungen unterworfen, die jedoch nur knapp über die festen Bezugsszahlen der Mitglieder für den freien Verkauf, weitere Abonnements und für Werbezwecke hinausgingen. Nur ein Drittel der Mitglieder des Alldeutschen Verbandes bezog vor dem Ersten Weltkrieg auch die „Alldeutschen Blätter“. Um die Jahrhundertwende verzeichnete man bereits über 8.000 Leser, jedoch ging diese Zahl bis 1905 wieder auf knapp 5.800 zurück, erreichte 1914 ungefähr 7.000 Interessenten und schnellte 1918 auf 34.000 hoch, als die Verbandsleitung bereits 1915 für den Eintritt in den Alldeutschen Verband auch den Bezug der Verbandszeitschrift verbindlich machte. In der Weimarer Republik hatte sich die Zeitschrift einem sich weiter ausdifferenzierenden Massenmarkt zu stellen. Die Gründung des antisemitischen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes durch den Alldeutschen Verband (1919–1922/23) und eines Alldeutschen Verbandes in Österreich (1919–1935) sowie der Übernahme der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“ banden auch weitere Leser an die „Alldeutschen Blätter“. Die Auflage orientierte sich jedoch weitgehend an der Mitgliederzahl des Alldeutschen Verbandes in Deutschland. Der Versuch, auch die Jugend mit der Gründung einer Alldeutschen Jugend und der Herausgabe der „Alldeutschen Jugendblätter“ zwischen 1920 und 1922 zu erreichen, war nicht erfolgreich. Die Gründung des Alldeutschen Verbandes in Österreich (1919–1935) brachte auch einen Anstieg der Auflage, jedoch blieb der Verband nach 1924 weitgehend Episode, und der Druck der „Alldeutschen Blätter“ in Österreich für die Mitglieder im Land selbst erwies sich oftmals sehr schwierig wegen hoher Produktionskosten, die allein in Deutschland nahezu die Hälfte des ordentlichen und chronisch unterfinanzierten Etats des Alldeutschen Verbandes ausmachten. Die „Alldeutschen Blätter“ erreichten 1926 noch 20.000 Leser, bis die Zahl schließlich auf 9.500 im Jahre 1939 zurückging. Die Verbreitung der „Alldeutschen Blätter“ verwies in erster Linie auf die mittelständischen und bildungsbürgerlichen Mitglieder des Alldeutschen Verbandes, die sich vor allem in den städtisch und protestantisch geprägten Regionen Nord- und Mittel-

deutschlands und hier wiederum in den administrativen Zentren der Reichs-, Länder- und Gemeindeverwaltung organisierten.

Die antisemitische Politik des Alldutschen Verbandes, die sich zum Ende des Ersten Weltkrieges durchsetzte und beim Verbandstag am 8. Februar 1919 mit der „Bamberger Erklärung“ zur offiziellen Leitlinie erhoben wurde, spiegelte sich nun auch in den „Alldutschen Blättern“ wider. Gleich nach Gründung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (1919–1922/23), der als Zweigverein des Alldutschen Verbandes zum Zweck der antisemitischen Mobilisierung errichtet wurde, konnte der Leser das Beitrittsformular und den entsprechenden Aufruf finden, der unter dem Titel „Deutschland den Deutschen!“ stand. Juden wurden nun in Leitartikeln als Verursacher des Zusammenbruchs der kaiserreichlichen Ordnung und des verlorenen Weltkrieges dargestellt. Vor allem wurden die Vorurteile verstärkt, dass Juden in den Kriegsrohstoffgesellschaften die Bewirtschaftung der deutschen Wehrfähigkeit bewusst gemindert hätten und gleichzeitig nicht entsprechend ihres statistischen Bevölkerungsanteils an der Front gefallen seien, sondern vielmehr in der Etappe gedient hätten.

Ein „alljüdischer Geist“, so die Lesart der „Alldutschen Blätter“, würde zudem die demokratischen Parteien der neuen Republik beherrschen, die sich den Interessen der Wählermassen unterwerfen und nicht einen alldutschen elitär-bürgerlichen Politikentwurf vertreten würden. Entsprechend den langjährigen Bestrebungen des Alldutschen Verbandes, die Bestimmungen zum Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit beim Zuzug von Ausländern zu verschärfen, kritisierte man jede eventuelle Erleichterung der Einwanderung auch von Juden aus Osteuropa, die aufgrund ihrer vermeintlichen Rasse nicht aufgenommen werden sollten. Der zweite Geschäftsführer des Alldutschen Verbandes, Leopold von Vietinghoff-Scheel (1868–1946), schrieb 1923 schließlich in den „Alldutschen Blättern“ über den „organischen Staatsgedanken“, dass das „deutsche Volk“ nur auf Grundlage „gemeinsamer Blutsunterlage“ definiert werden sollte, zu der Juden kein Zugang gewährt werden dürfe.

Während der Weimarer Republik waren es zusätzlich wirtschaftliche Überforderungsängste, ausgelöst durch den verstärkten Zufluss ausländischer Investitionen sowie durch die Reparationszahlungen, die das alldutsche Idealbild nationaler Selbstbestimmung auf völkischer Grundlage gegen „jüdisch-marxistische“ sowie vermeintliche, spekulative Wirtschaftsinteressen der USA und Großbritanniens stellten. Die völkerrechtliche Einbindung Deutschlands wurde in den Kommentaren zunehmend als Zugeständnis an „das Weltjudentum der beiden angelsächsischen Länder“ interpretiert. Jede diplomatische Verständigung erschien hier als „Erfüllungswahn“, der letztlich nur durch eine diktatorische Überwindung des „krankhaften Seelenzustandes der Volksmehrheit“ überwunden werden sollte.

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten begrüßte man trotz aller Konkurrenzen und Unterschiedlichkeiten zwischen Alldutschem Verband und NSDAP hinsichtlich politischem Stil und Einbeziehung der politischen Massen. Jedoch wurde immer wieder darauf verwiesen, dass der Vorsitzende des Alldutschen Verbandes, Heinrich Claß (1868–1953), in seiner Kampfschrift → „Wenn ich der Kaiser wär“ bereits 1912 zentrale Programmpunkte wie die Stellung der Juden unter Fremdenrecht benannt hatte, die jetzt zur Umsetzung gelangten. Auch das neue Reichsangehörig-

keitsgesetz von 1934 und die Rassengesetze von 1935 fanden wohlwollende Kommentierung. Die langjährige Konkurrenz zwischen alldeutscher und nationalsozialistischer Bewegung führte schließlich zum Verbot des Alldeutschen Verbandes am 15. März 1939. Die letzte Ausgabe der „Alldeutschen Blätter“ erschien am 9. März 1939.

*Björn Hofmeister*

## Literatur

Rainer Hering, Radikaler Nationalismus zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ am Beispiel der Alldeutschen Blätter, in: Michel Grunewald, Uwe Puschner (Hrsg.), Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und Netzwerke 1890–1960, Bern 2003, S. 427–443.

Björn Hofmeister, Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of the Pan-German League 1914–1939, Ph.D. Georgetown 2012.

Björn Hofmeister, Radikaler Nationalismus und politische Öffentlichkeit. Alldeutscher Verband und „Alldeutsche Blätter“ 1891–1939, in: Michel Grunewald, Uwe Puschner (Hrsg.), Krisenwahrnehmungen in Deutschland um 1900, Bern 2010, S. 264–279.

Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954.

Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012.

## Allgemeine Konservative → Konservative Monatsschrift

### Allgemeine Zeitung des Judentums (1837–1922)

Unter den mehr als 200 jüdischen periodischen Schriften im deutschen Sprachraum des 19. und 20. Jahrhunderts sticht die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (AJZ) durch ihren vergleichsweise langen Erscheinungszeitraum – kontinuierlich von 1837 bis 1922 – hervor. Mit einer Auflagenhöhe von schätzungsweise maximal 10.000 Exemplaren dürfte die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ das meistgelesene deutsch-jüdische Periodikum gewesen sein.

Die erste Nummer unter der alten Schreibweise „Allgemeine Zeitung des Judentums“ erschien am 2. Mai 1837 im Leipziger Verlag Baumgärtners Buchhandlung, ihrem eigenen Selbstverständnis nach als „unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse in Betreff von Politik, Religion, Literatur, Geschichte, Sprachkunde und Belletristik“. Zunächst erschien das Blatt dreimal wöchentlich, ab 1839 als Wochenschrift und schließlich zweiwöchentlich.

Gemäß der von Johannes Schwarz konstatierten „doppelten Stoßrichtung“ deutsch-jüdischer Periodika, bewegte sich auch die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ zunächst in zwei unterschiedlichen Kommunikationssphären: Nach innen strebte sie eine Erneuerung der jüdischen Tradition an, nach außen war ihr an der Verbesserung des bürgerlichen Status der deutschen Juden gelegen. Ungeachtet ihres eigenen universellen Anspruchs repräsentierte die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ innerhalb der entstehenden deutsch-jüdischen Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts die Strömung des reformorientierten liberalen Judentums. Die Redaktion zeigte sich dennoch allen innerjüdischen Debatten religiöser, kultureller, sozialer und politischer Natur gegenüber offen.

Gegründet und geprägt wurde die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ vom Rabbiner und Philologen Ludwig Philippson, der bis zu seinem Tod im Jahr 1889 als Herausgeber fungierte. Philippson verfasste Leitartikel, Serien, Kommentare und beantwortete selbst alle Leserbriefe. Erklärtes Anliegen der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ in Philippsons Ägide war die Verbreitung der Kenntnis jüdischer Geschichte und Tradition vor dem Hintergrund aufklärerischer Vernunft. Philippsons literaturpädagogisches Programm – Erzeugung religiösen jüdischen Selbstbewusstseins durch Unterhaltung und Belehrung der Leserschaft – gibt Aufschluss über die Bedeutung, die während des gesamten Erscheinungszeitraums der Kulturberichterstattung im Allgemeinen und der Literaturkritik im Besonderen beigemessen wurde. Regelmäßig wurden aktuelle und historische, jüdische wie nicht-jüdische Autoren besprochen, sofern ihr Werk ein „jüdisches“ Thema erkennen ließ. Zudem wartete die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ mit zahlreichen Erstveröffentlichungen und Nachdrucken literarischer Texte auf. Philippson machte sich dabei die allgemeine Vorliebe seiner Zeitgenossen für das historisch-heroische Genre zunutze und versuchte, die Leserschaft mit historischen Beispielen jüdischen Selbstbewusstseins in ihren gegenwärtigen Kämpfen um Emanzipation zu bestärken.

Unter der Herausgeberschaft von Gustav Karpeles und Albert Katz – von 1890 bis 1909 – verschoben sich die poetologischen Leitlinien der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ hin zu einer stärkeren Betonung des realistischen Genres der Dorf- und Ghettoliteratur. Diese Verschiebung verursachte einerseits eine Annäherung an die jiddische Kultur des osteuropäischen Judentums, gab der emanzipierten Leserschaft aber zugleich die Möglichkeit, sich von ebendieser Welt abzusetzen und sich historisch als Teil des deutschen Kollektivs zu verorten.

Standen bis Anfang des Jahres 1871 die Vollendung der Emanzipation und innerjüdische Reform im Zentrum der politischen Auseinandersetzung der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“, nahm mit der Gründung des Kaiserreichs der Abwehrkampf gegen den aufkommenden politischen Antisemitismus – insbesondere gegen die ständigen Angriffe in der nicht-jüdischen Presse – an Bedeutung zu. Philippson, der eine instrumentalistische Antisemitismus-Analyse vertrat, betrachtete diesen als ein vorübergehendes Problem, das allein der aktuellen politischen Situation geschuldet sei. Die konservativen Eliten benutzten den Antisemitismus als Mittel zur politischen Mobilisierung gegen den Liberalismus. Ähnlich fiel seine Einschätzung der antijüdischen Pogrome in Russland seit den 1880er Jahren aus. Die russische Bevölkerung sei das Opfer einer gezielten, von der Regierung forcierten anti-jüdischen Kampagne.

Die Rezeption zeitgenössischer „Rassentheorien“ fand seit 1865 auch in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ statt, anders als in anderen deutsch-jüdischen Periodika aber eher verhalten. Obwohl die Herausgeber sich der Teilnahme an der Debatte nicht entziehen konnten und auch hier ihrem Grundsatz treu blieben, allen Positionen Raum zu geben, erteilten sie der Behauptung der Existenz einer „jüdischen Rasse“ dennoch eine klare Absage.

Von 1909 bis 1919 wurde die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ von Ludwig Geiger herausgegeben, der das Interesse auf antizionistische und antiorthodoxe Positionen verengte. Als erklärter Patriot verteidigte Geiger den Ersten Weltkrieg und befürwortete die Assimilation der deutschen Juden. Er sah sich dadurch dem Vorwurf



ausgesetzt, die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ zu einem Organ des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ zu machen. Tatsächlich erschien die letzte Nummer der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ am 28. April 1922, bevor sie in der → „C.V.-Zeitung“, dem bisherigen Organ des Central-Vereins, aufging.

*Arnon Hampe*

## Literatur

- Hans O. Horch, Auf der Suche nach der jüdischen Erzählliteratur. Die Literaturkritik der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ (1837–1922), Frankfurt am Main 1985.
- Hans O. Horch, „Auf der Zinne der Zeit“: Ludwig Philippson (1811–1889) – der „Journalist“ des Reformjudentums. Aus Anlaß seines 100. Todestages am 29. Dezember 1989, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 86 (1990), S. 5–21.
- Johanna Philippson, Ludwig Philippson und die Allgemeine Zeitung des Judentums, in: Hans Liebeschütz, Arnold Paucker (Hrsg.), Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850, Tübingen 1977, S. 243–291.
- Johannes Valentin Schwarz, Die Anfänge der jüdischen Presse in Deutschland im späten 18. Jahrhundert. Zur Genese einer neuen bürgerlich-jüdischen Öffentlichkeit, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 16 (2005–2006), S. 221–241.
- Sonja Weinberg, Die Allgemeine Zeitung des Judentums (AZJ) und der gewalttätige Antisemitismus in Deutschland und Russland 1881–1882, in: Eleonore Lappin, Michael Nagel, Religion und Politik in der europäisch-jüdischen Presse vor der Shoah. Antisemitismus, Faschismus und Nationalsozialismus, 1880–1943. Neuorientierungen nach der Shoah, Bremen 2008, S. 89–102.

## Altermedia → Neo-Nazi Internet Blogs

## Ami d’Israël → Freund Israels

## Der Angriff (1927–1945)

„Der Angriff“ war eine vom Berliner NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels 1927 gegründete Zeitung, die antisemitische Agitation in Texten und Karikaturen zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Profils machte.

„Der Angriff“ entstand nach dem Verbot der Berliner NSDAP durch den Polizeipräsidenten im Frühjahr 1927 als Notlösung. Da auch Goebbels, der erst wenige Monate zuvor zum Gauleiter ernannt worden war, mit einem Redeverbot belegt worden war, wollte er sich mit der Gründung einer eigenen Zeitung eine neue Plattform schaffen. Die Zeitung erschien erstmals am 4. Juli 1927 als Montagsblatt mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Neben Goebbels prägten Peter Hagen (ein Pseudonym des späteren Reichsfilmdramaturgen Willi Krause), Julius Lippert (der spätere Staatskommissar und Stadtpräsident von Berlin 1933–1940) und Dagobert Dürr (Gaugeschäftsführer und späterer Mitarbeiter Goebbels’ im Propagandaministerium) das journalistische Profil des Blattes, dessen Inhalt von Verunglimpfungen der Republik, hauptsächlich mittels antisemitischer Hetze, bestimmt wurde.

Zu den ersten Dauerrubriken des „Angriff“ gehörte die Seite „Der Philosemit“, in der äußerst böse über die vermeintliche „Verjudung“ der Demokratie berichtet wurde. Vor allem der Berliner Vize-Polizeipräsident Bernhard Weiß, ein Jude und Demokrat in politisch exponierter Stellung, war unter dem Spottnamen „Isidor“ von An-

fang an das Ziel hämischer Attacken. Die „Isidor“-Kampagne (1927–1932) ging als eine der berüchtigtsten antisemitischen Hetzkampagnen in die Geschichte ein und war für Goebbels ein propagandistischer Erfolg (→ „Isidor“-Bücher). Obwohl die Kampagne mehrfach ein Verbot der Zeitung sowie Geldstrafen für Goebbels, diverse Autoren und Karikaturisten nach sich zog, verstanden es die „Angriff“-Macher, diese Urteile für ihre antisemitische Propaganda dienstbar zu machen, indem sie suggestiv über sie berichteten. So befand beispielsweise ein Gericht, dass eine „Angriff“-Karikatur, die einen Esel mit den Gesichtszügen von Bernhard Weiß zeigte, ohne jedoch dessen Namen zu nennen, beleidigend sei. Nach dem Urteil druckte „Der Angriff“ die Karikatur erneut (9. September 1929), diesmal jedoch mit der Bildunterschrift, die Justiz sei der Auffassung, dass dieser Esel Bernhard Weiß darstelle.

Eine andere Kampagne, die nachhaltigen Einfluss hatte, war die Konstruktion des „jüdischen Wirtschaftsskandals“, die den ökonomischen Niedergang vor allem „jüdischen Machenschaften“ zuschob. Der Erfolg dieser Kampagne, in der antisemitische Vorurteile mit antidemokratischen Positionen verknüpft wurden, zeigte sich exemplarisch nach dem Sklarek-Skandal (1929). Die Redaktion des „Angriff“ bauchte die Korruptionsaffäre um drei jüdische Berliner Kleiderfabrikanten zu einem veritablen politischen Skandal auf. Als einzige nicht in den Sklarek-Skandal verstrickte Partei erlangte die NSDAP in der Folge in Berlin einen ersten Wahlerfolg: 5,8 Prozent der Wähler stimmten bei den Kommunalwahlen im September 1929 für die NSDAP, die damit erstmals in die Berliner Stadtverordnetenversammlung einzog.

Es müssen wohl finanzielle Engpässe gewesen sein, die den Herausgeber Goebbels dazu zwangen, im „Angriff“ Anzeigen zu schalten, die seinen politischen Zielen und seinem redaktionellen Anspruch diametral widersprachen. Einige Beispiele: Sowohl vor als auch nach der „Machtergreifung“ finden sich Anzeigen der Varietés Scala und Plaza, deren Eigentümer mehrheitlich Juden waren, daneben wurde (noch im Februar 1933) der auch vom „Angriff“ als Jude geschmähte Tenor Richard Tauber (der allerdings gar kein Jude war) in einer von drei Juden geschriebenen Operette, inszeniert von einem Juden (Heinz Saltenburg) beworben, und am „Führergeburtstag“ 1933 warb das Deutsche Theater mit dem Namen des jüdischen Theaterimpresarios Max Reinhardt.

Neben den Kampagnen hoben die sehr auf Gewalt ausgerichtete, direkte Sprache der Zeitung sowie teilweise im Berliner Dialekt geschriebene Kolumnen („Stieke! Jetzt red't Orje“) den „Angriff“ von der Berliner Presselandschaft ab. „Orje“ erwies sich als so erfolgreich, dass er im Dezember 1937 von der SS-Zeitung → „Das Schwarze Korps“ übernommen wurde. Daneben trugen auch die Karikaturen von Hans Schweitzer (alias Mjölñir) erheblich zum Erfolg des Blattes bei. Parteiblatt und Partei gingen eine nachgerade symbiotische Beziehung ein, sodass das Erstarken der NSDAP in Berlin nicht nur auf den „Angriff“ zurückzuführen war, sondern sich auch in dessen stetig steigenden Auflagenzahlen manifestierte: So erschien „Der Angriff“ seit November 1930 als Tageszeitung und erreichte ab Oktober 1932 – als er sogar in einer Morgen- und einer Abendausgabe herauskam – eine Auflage von 110.000 Exemplaren. Die gestiegene Auflage als Ausdruck einer stärker gewordenen NSDAP-Anhängerschaft dokumentierte sich auch in der journalistischen Zielgruppenorientierung des Blattes: Warteten die Titelseiten ab der ersten Ausgabe mit dem Spruch „Für

die Unterdrückten! Gegen die Ausbeuter!“ auf, was deutlich auf die Sozialdemokraten oder gar Kommunisten im gemutmaßten „roten Berlin“ abzielte, gab es nach den ersten Wahlerfolgen der Berliner NSDAP eine ganze Seite, die sich als „Kampf um Berlin“ selbstbewusst an die eigene Anhängerschaft richtete. Der Mythos vom roten, verjudeten Berlin, das NSDAP und SA kämpfend erobern müssten, wurde hier begründet und diente in der Herrschaftsphase des NS-Regimes als wichtige Identifikationsfigur. Parallel hierzu wurden auch die unternehmerischen Strukturen verfestigt und im April 1931 die „Verlag der Angriff GmbH“ mit Sitz in der Hedemannstraße 10 (dem Sitz der „Gauleitung Groß-Berlin“ der NSDAP) in das Berliner Handelsregister eingetragen. Neben dem Gau Berlin wurde der Zentralverlag der NSDAP (→ Eher-Verlag) zu ihrem Hauptgesellschafter; Geschäftsführer war zunächst Ludwig Weissauer, im Lauf des Jahres 1932 wurde Max Amann ernannt.

Nach der sogenannten Machtergreifung verlor das Blatt unter dem neuen Chefredakteur Karoly Kampmann an Bedeutung, weil Goebbels sich ab März 1933 ganz auf seine neue Aufgabe als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda konzentrierte und sich um die Arbeit im Gau Berlin kaum mehr kümmerte. Ende Oktober 1933 trat er als Hauptherausgeber des „Angriff“ zurück und ließ zu, dass das Blatt wenig später vollständig in den Besitz des Eher-Verlags überging. Vor diesem Hintergrund trat die Verlagsgesellschaft im Februar 1934 in Liquidation, als das laufende Geschäft von der Berliner Niederlassung des Eher-Verlags übernommen wurde.

Bis Februar 1935 wurde „Der Angriff“ zum Zentralorgan der Deutschen Arbeitsfront umgebaut. In der Folge wurde Kampmann durch Hans Schwarz van Berk ersetzt, der seinerseits am 15. Oktober 1937 seinen Posten für Kurt Kränzlein räumte. Neben der Beschwörung der guten alten „Kampfzeit“ blieben Antikommunismus und Antisemitismus Konstanten im „Angriff“. Schließlich ließen sich der „jüdische Wirtschaftsskandal“ bzw. die hierin popularisierten Stereotypen nach 1933 problemlos zur Rechtfertigung der antisemitischen Politik des NS-Regimes wieder aufnehmen. Hier- von zeugen Artikel wie „Der jüdische Vampyr – Vierzehn Jahre jüdische Wirtschaftsskandale“ (18. Februar 1933) und die Berichte über den Boykott jüdischer Unternehmen. Im Sommer 1935 startete das Blatt eine Serie über die vorgebliche Tarnung jüdischer Unternehmen. In großer Aufmachung wurde hierbei über die Gebr. Weinberger berichtet, die zu diesem Zeitpunkt fast die Hälfte aller Berliner Einzelhändler mit Butter versorgten. Während einige Lieferanten nun mit einem Lieferboykott begannen, sorgte die Deutsche Arbeitsfront im Betrieb für Unruhe und der Polizeipräsident wenig später gar für ein Betriebsverbot, sodass das Unternehmen, trotz verzweifelter Gegenwehrversuche, im Frühjahr 1936 in Liquidation trat. Mit der erfolgreichen Serie „... die Mischpoche verdient“ goss der „Angriff“ im Sommer 1938 Öl ins Feuer und heizte die in Berlin herrschende Pogromstimmung zusätzlich an, die sich in der Kennzeichnung sämtlicher jüdischer Unternehmen sowie in zahlreichen Gewaltakten Bahn brach. Als die Deportationen längst eingesetzt hatten, erklärte die Redaktion in dem Artikel „Juden als Schleichhändler“ (3. Juni 1942), dass Juden die Kriegsanstrengungen sabotierten und das deutsche Volk ein Recht darauf habe, „mit allen Mitteln vor diesen Elementen geschützt zu werden“. Zumindest von Chefredakteur Kränzlein ist belegt, dass er sich auch außerhalb des „Angriff“ mit antisemitischen Vorträgen – z.B. im Radio – hervortat.

Auch wenn der „Angriff“ im → „Völkischen Beobachter“ und im „Schwarzen Korps“ starke Konkurrenz hatte, so profitierte er doch von der Aufgabe, dem Verbot oder der Stilllegung zahlreicher anderer Zeitungen und konnte seine Auflage im Jahr 1939 auf rund 147.000 Exemplare und bis 1944 auf 306.000 Exemplare steigern. Bereits vor Beginn des Zweiten Weltkriegs waren allerdings „Richtlinien für die Papierreinsparung“ erlassen worden, die auch den Umfang des „Angriff“ einschränkten. Er erschien schließlich mit sechs (1941), zuletzt sogar nur noch mit vier Seiten. Die letzte Nummer des „Angriff“ wurde am 24. April 1945 publiziert und war damit die vorletzte Berliner NS-Zeitung. Nur fünf Tage später stellte auch Goebbels' letztes Blatt, „Der Panzerbär. Kampfblatt für die Verteidiger Groß-Berlins“, sein Erscheinen ein. Sowohl die letzten Nummern des „Angriff“ als auch alle Ausgaben des vierseitigen „Panzerbär“ setzten einzig auf Antisemitismus, als sie die aussichtslosen deutschen Kriegsanstrengungen zum heroischen Ringen gegen die jüdisch-bolschewistische Gefahr umdeuteten.

*Christoph Kreutzmüller/Bjoern Weigel*

## Literatur

Christoph Kreutzmüller, Michael Wildt, ‚Ein radikaler Bürger‘. Julius Lippert. Chefredakteur des „Angriff“ und Staatskommissar zur besonderen Verwendung in Berlin, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 27 (2011), S. 19–38.

Russel Lemmons, Goebbels and Der Angriff, Lexington 1994.

Peter de Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin 1959.

Bjoern Weigel, Inszenieren und zerstören. Kultur und Medien am Standort Berlin, in: Michael Wildt, Christoph Kreutzmüller (Hrsg.), Berlin 1933–1945, München 2013, S. 245–260.

## Anschlag gegen den Frieden (Wolfgang Diewerge, 1939)

Das Pamphlet aus dem Reichspropagandaministerium, das 1939 im Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf. (→ Eher-Verlag) als bebilderte Broschüre mit 179 Seiten Umfang erschien, hatte den Zweck, die Novemberpogrome 1938 und die rechtlichen und fiskalischen Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland zu rechtfertigen. Dazu wurde das Attentat des Herschel Grynszpan (Grünspan) auf den Legationssekretär vom Rath in Paris zum Anschlag des „Weltjudentums“ stilisiert. Autor war der auf dieses Thema spezialisierte Wolfgang Diewerge (1906–1977), Ministerialrat im Goebbels-Ministerium, der bereits das Attentat gegen Wilhelm Gustloff propagandistisch ausgeschlachtet hatte („Ein Jude hat geschossen. Augenzeugenbericht vom Prozess gegen David Frankfurter“, 1937) und 1941 Verfasser eines antisemitischen Traktats gegen die Schrift → „Germany must perish“ war.

Mit der Broschüre „Anschlag gegen den Frieden“ setzte Diewerge die Argumentationslinie fort, das „internationale Judentum“ habe Deutschland den Krieg erklärt und Attentäter wie der 17-jährige Herschel Grynszpan seien Werkzeuge des „Weltjudentums“ gewesen. Das hatte der Autor Diewerge als Referent im Propagandaministerium bereits in der Reichspressekonferenz am 8. November behauptet und im „Völkischen Beobachter“ verbreitet. In der Broschüre wurden „Hintergründe“ des Gryn-

szpan-Attentats enthüllt: Der Attentäter sei mit Vorbedacht ausgewählt, er sei noch jugendlich und wie im Falle Gustloff (der 1936 als NS-Funktionär in der Schweiz von dem jungen Juden David Frankfurter erschossen wurde) nicht Staatsbürger des Landes, in dem die Tat geschah. Hinter dem Attentat auf den Pariser Botschaftsangehörigen Ernst vom Rath stünden die gleichen Kreise wie im Fall Gustloff 1936. Frankfurter Juden wollten, im Interesse des „Weltjudentums“, Krieg gegen Deutschland, lautet die zentrale These der Schrift, die mit Schuldzuweisungen an deutsch-jüdische Emigranten illustriert wurde. Der Attentäter wird als idealtypischer Vertreter des international verfilzten Judentums dargestellt, sein Opfer vom Rath als „neuer Blutzeuge des ewigen Deutschland“ glorifiziert. Die Schrift behandelt auch den französischen Prozess gegen Grynspan und gipfelt in Feststellungen „Hinter den Kulissen der ‚Jüdischen Weltliga‘“ und einer (logischen Begründung und des Zusammenhangs entbehrenden) Rechtfertigung des „Münchener Abkommens“, dem Beginn der Zerstörung der Tschechoslowakei 1938.

Das Pamphlet Diewerges sah das Attentat in Paris als „Fanal für den Endkampf zwischen Nationalsozialismus und Judentum“, stellte die deutsche Politik der Judenfeindschaft als Abwehrkampf dar, zur „Befreiung Europas von dem Treiben der kriegshetzerischen Juden“. Deshalb sei „Deutschlands Judenfeindschaft auch ein Bekenntnis zum Frieden!“

Schwer verständlich ist es, dass das antisemitische Pamphlet aus dem Goebbelsministerium seit 2011 in einem Reprint, versehen mit einem dummdreisten Vorwort, wieder auf dem Markt ist.

*Wolfgang Benz*

## Literatur

Novemberpogrom 1998. Reaktionen und Wirkungen, Themenheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), Heft 11.

## Anti-Anti-Blätter (1923–1932)

Die „Anti-Anti-Blätter zur Abwehr, Tatsachen zur Judenfrage“, so der vollständige Titel der Erstauflage des Taschenführers von 1923, waren der Versuch, ein handliches Kompendium zu schaffen, um der antisemitischen Propaganda auf der Straße und bei Veranstaltungen mit fundierten Argumenten begegnen zu können. Die Idee dazu stammte vom Bremer Pfarrer Emil Felden, der sich als Pazifist und Sozialist schon im Verein zur Abwehr des Antisemitismus engagiert und mit seinem 1921 veröffentlichten Roman „Die Sünde wider das Volk“ dem Antisemitismus Artur Dinters in dessen populärem Werk → „Die Sünde wider das Blut“ entgegengetreten war. Felden, der sich bei seiner regen Reise- und Vortragstätigkeit gegen den Antisemitismus in ganz Deutschland immer wieder mit denselben antisemitischen Vorwürfen konfrontiert sah, ersann die „Anti-Anti-Blätter“ als Unterstützung für Redner im Streit mit antisemitischen Agitatoren (Zeiß-Horbach). So sollte auch jemand, der nicht im Detail mit der Materie vertraut war, auf entsprechende Anschuldigungen mit Gegenargumenten reagieren können.

Der Erstdruck der „Anti-Anti-Blätter“ fand vermutlich in einer sozialdemokratischen Druckerei in Bremen statt und wurde von Julius Bamberger, Mitglied des Hauptvorstands des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und Leiter der Ortsgruppe in Bremen, finanziert. Ab 1924 erschienen die „Anti-Anti-Blätter“ im vereinseigenen Philo-Verlag, der zuvor schon zwei ähnliche Publikationen – „Waffen im Abwehrkampf“ sowie „Angriff und Abwehr, ein Handbuch der Judenfrage“ – herausgegeben hatte. Die Erstauflage des Centralvereins enthält 60 Stichworte, die über ein alphabetisches Inhaltsverzeichnis sowie ein thematisches Register mit den Kategorien „Rassenfragen“, „Urteile über die Juden“, „Jüdische Sittlichkeit“, „Die Juden im Krieg“, „Die Antisemiten“ und „Juden und ‚Verjudung‘“ erschlossen sind. Die Texte selbst – jeweils lose Blätter im Oktavformat – sind in einem Schubser zusammengestellt und umfassen inhaltlich ein breites Spektrum. Neben Aussagen bekannter Persönlichkeiten wie Luther, Goethe, Bismarck und Mommsen werden z. B. auch Ansichten von „Rasseforschern“ zur Abstammung Jesu zusammengetragen, die zum Teil widersprüchlichen Argumentationen antisemitischer Agitatoren wie Theodor Fritsch und Adolf Bartels dargestellt, oder es wird die vermeintliche Billigung von Verbrechen gegen Nichtjuden durch den Talmud widerlegt. Ebenso finden antisemitische Topoi Beachtung, die unmittelbar aus der Erfahrung und den Folgen des Ersten Weltkrieges resultierten, denn insbesondere sie stellten in der Zwischenkriegszeit einen elementaren Bestandteil antisemitischer Propaganda dar, darunter etwa die „Drückebergerei der Juden“ und „Jüdische Kriegsoffer“, „Bolschewismus“, „Judenkrieg“ und „Dolchstoß“.

1932 erschien unter der Redaktion von Ernst Gottfried Lowenthal die siebte und letzte Auflage des „Anti-Anti: Tatsachen zur Judenfrage“, die im Herbst des Jahres ausführlich in der Presse besprochen wurde. Nur kurze Zeit später entschied der Centralverein jedoch, die Auflage selbst zu vernichten, um „belastendes“ Material verschwinden zu lassen (Paucker). Bei jedem neuen Druck wurde das Kompendium, von dem in Deutschland insgesamt rund 30.000 Exemplare durch Verkauf und Verteilung in Umlauf gebracht worden waren, durch Ergänzungen den Argumenten und der Rhetorik antisemitischer Propaganda angepasst und war – möglicherweise ohne Wissen Feldens – erweitert worden, sodass der Umfang zuletzt über 180 Blatt betrug.

*Jan-Philipp Pomplun*

## Literatur

- Avraham Barkai, Wehr Dich! Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1938, München 2002.
- Arnold Paucker, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968.
- Auguste Zeiß-Horbach, Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Zum Verhältnis von Protestantismus und Judentum im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Leipzig 2008.

## Der Anticlericus (Friedrich Andersen, 1907)

Die umfangreiche Abhandlung „Der Anticlericus. Eine Laientheologie auf geschichtlicher Grundlage“ (Schleswig, 1907) gehört zu den grundlegenden Texten des antise-

mitischen „deutschchristlichen“ Flügels der völkischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Verfasser war Friedrich Andersen, der Flensburger Theologe und Mitbegründer des Bundes für Deutsche Kirche.

Der „Anticlericus“ stellt einen frühen Versuch des Autors dar, eine historisch fundierte jüdenfeindliche Theologie zu begründen und dabei Antisemitismus und Antikatholizismus miteinander zu kombinieren. Wie die meisten antisemitischen Texte folgt die Darstellung einem strikt dichotomen Muster, das bereits am Aufbau des Buches leicht erkennbar ist. Andersen vermeint einen fundamentalen Antagonismus zwischen „Klerikalismus“ und „Laientheologie“ in der Religions- und Kirchengeschichte ausmachen und auf ihre jeweiligen Ursprünge zurückführen zu können. Unter „Klerikalismus“ versteht er dabei die „Entartung“ jedes wahren religiösen Lebens in Form scheinbar lebensferner Dogmen, sinnentleerter Rituale und einer strengen Hierarchisierung zwischen Laien und religiösen Experten. Im Zentrum des Buches steht die Identifizierung des Judentums als „Mutterschoß des Klerikalismus“, während „Jesus als Überwinder des Klerikalismus“ in Erscheinung tritt. Mithin also wird das (ursprüngliche) Christentum von vornherein als fundamentaler Antipol des Judentums präsentiert. In seiner institutionalisierten kirchlichen Form indes habe sich das Christentum gegenüber dem Klerikalismus immer wieder als anfällig erwiesen, wie dies nachgerade die Geschichte des Katholizismus zeige.

Die ersten Kapitel behandeln Genese und Charakter der beiden zentralen Elemente Klerikalismus und Laientheologie. Die identifizierten „Grundzüge des klerikalen Judentums“ bestehen im Wesentlichen aus klassischen antisemitischen Topoi. Entsprechend nennt Andersen einen „mangelnden Sinn für geschichtliche Wahrheit“, Selbstgerechtigkeit, Selbstüberhebung, „maßlose Herrschsucht“ sowie Rachsucht und Schadenfreude. Die sogenannte jesuanische Laienreligion zeichne sich demgegenüber einzig durch „Überwindung“ dieser Eigenschaften aus. Die folgenden Kapitel berichten sodann vom Kampf beider Prinzipien innerhalb der Kirchengeschichte. So widmet sich das dritte Kapitel dem „Einschlüpfen des jüdischen Geistes in die apostolische Urkirche“. Diese Entwicklung habe während der mittelalterlichen Ketzer- und Hexenverfolgungen ihren Höhepunkt erreicht. Demgegenüber wird die Reformation als ein Versuch geschildert, den Klerikalismus zu überwinden und an die laientheologischen Ursprünge der Jesusreligion anzuknüpfen. Andersen beklagt jedoch, dass sich der „jüdische Geist“ seit der Reformation immer wieder sowohl im lutherischen als auch im reformierten Protestantismus geltend gemacht habe.

Im letzten Kapitel wartet der Autor schließlich mit praktischen Vorschlägen und einem Programm zur endgültigen „Ausscheidung des Klerikalismus aus dem Christentum der Gegenwart“ auf. Wie andere antisemitische Theologen, die grundsätzlich am Christentum festhalten wollten, stand Andersen vor dem Problem, die jüdische Herkunft des Christentums zu erklären. Der mitunter einfachste und radikalste Weg in diesem Sinne besteht darin, jeden historischen Zusammenhang zwischen Juden- und Christentum zu leugnen. Diese Strategien manifestierten sich etwa in zeitgenössischen Spekulationen über eine „arische“ Abstammung Jesu, wie sie im völkischen Lager besonders namhaft von Houston Stewart Chamberlain vertreten worden sind. Anders als in seinen späteren Schriften lehnt Andersen diesen Weg im „Anticlericus“ jedoch dezidiert ab. Dass er zu diesem Zeitpunkt das rassistische Paradigma noch nicht übernom-

men hatte, sondern das klerikale Judentum als eine primär religiöse bzw. geistig-ideelle Gefahr ansah, zeigt sich an seinem abschließenden Plädoyer für die „Judenmission“. Diese, so Andersen, sei dabei „nicht nur ein Gebot der Barmherzigkeit, sondern auch des Selbstschutzes der christlichen Völker“. Der größte Teil seiner Vorschläge bezieht sich indes auf die „religiöse Erziehung“. Im Zentrum steht hier die Absetzung des Alten Testaments aus dem Kanon der für das Christentum relevanten Texte. Mit Bezug auf einschlägige Autoren der seinerzeitigen alttestamentlichen und altorientalistischen Forschung (Julius Wellhausen, Eberhard Schrader, Fritz Hommel etc.) insistiert er vor allem auf die historischen Unstimmigkeiten der alttestamentlichen Texte.

Unter dem Titel „Der Deutsche Heiland“ publizierte Andersen 1921 eine Neuauflage des „Anticlericus“, die jedoch wesentlich radikaler ausfiel.

*Felix Wiedemann*

## Literatur

Uwe Puschner, Deutschchristentum. Eine völkisch-christliche Weltanschauungsreligion, in: Richard Faber, Gesine Palmer (Hrsg.), Der Protestantismus. Ideologie, Konfession oder Kultur?, Würzburg 2003, S. 93–122.

Hauke Wattenberg, Friedrich Andersen. Ein deutscher Prediger des Antisemitismus, Flensburg 2004.

## L'Antijuif (franz. Algerien, 1897–1902)

Die französischsprachige Zeitung „L'Antijuif“ [Der Anti-Jude] im Département Algerien spiegelte in ihrer Heftigkeit, aber auch in der Kurzlebigkeit die antisemitischen Wirren wider, die das französische Département von Algerien zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert prägten. Geleitet wurde die Veröffentlichung vom Anstifter der Unruhen, dem Populisten Max Régis. Wie auch einige andere lokale Publikationen war die Zeitung Sprachrohr einer Bewegung, die sich gegen die Juden Algeriens richtete, die durch das Crémieux-Dekret von 1870 zu französischen Staatsbürgern geworden waren (im Unterschied zur arabischen Bevölkerung, die weiterhin diskriminiert blieb) und sich ihrem neuen Vaterland besonders verbunden zeigten.

Träger dieser Bewegung waren einerseits Kolonisten und neue Immigranten (Spanier, Italiener) und andererseits die durch sie in starkem Maße manipulierten Araber, wobei „L'Antijuif“ die extreme Variante vertrat. Dieser „Antijudaismus“ (der Begriff „Antisemitismus“ wurde verworfen, um nicht die Araber als Semiten zu brüskieren), der auf althergebrachte und grobe Stereotypen zurückgriff, war von regelmäßigen Höhepunkten gekennzeichnet. Er bezog sich auf ökonomische und politische Aspekte, nicht aber auf die Religion. Die Protestbewegung hatte 1892 zur Gründung der Antijüdischen Liga geführt, deren Organ die Zeitung „L'Antijuif“ war. Diese Gruppierung blieb anfangs eine Minderheit und kämpfte lediglich für die Aufhebung des Crémieux-Dekretes. Nach kleineren Straßenschlägereien gelangten einige ihrer Anführer nach Wahlerfolgen an politisch verantwortliche Stellen, zuerst in der Stadtverwaltung von Oran, danach in Constantine (1896). Unter dem Eindruck, im Mutterland kein Gehör zu finden, stieg die Tendenz zur physischen Gewalt gegen Juden in der algerischen Bevölkerung. Die „Seele des antijüdischen Gefühls“ (wie Drumont es ausdrückte) war Max Régis. Dieser junge, italienischstämmige Franzose war typisch für



das Milieu der Protestierenden: Als Student in Algier war er aus der Juristischen Fakultät verwiesen worden, nachdem er die Lehrveranstaltungen eines jüdischen Professors gestört hatte.

Seine Verve und dieser Zwischenfall verhalfen ihm zur Spitzenposition in der Antijüdischen Liga von Algier und seiner Zeitung „L'Antijuif“, die mit der Ausgabe vom 14. Juli 1897 neu lanciert wurde und sogleich zur Tat aufrief. Die Zeitung war es auch, die das Startsignal zu einem einwöchigen Pogrom im Januar 1898 gab: Artikel, die regelmäßig mit „Nieder mit den Juden!“ endeten, stachelten zur Gewalt an. Das Boulevardblatt, das mit provokanten und auffallend großen Schlagzeilen rasch Erfolg hatte, ermunterte zu Angriffen gegen die Juden. Das Ressentiment wurde über spezielle antijüdische Rubriken (Inventar des jüdischen Handels, um den Boykott zu verstärken), Anzeigen (Liste der „französischen“ Geschäfte, die Juden beschäftigten; namentliche Erwähnung von Personen, die bei Juden einkauften) und Aufrufen anlässlich antijüdischer Kundgebungen aufrechterhalten. Die Grundlinie lag in der Anprangerung einer an Juden verkauften Republik, die Algerien vernachlässige; immer wieder wurde auf die Abschaffung des Crémieux-Dekrets, später auch auf die freiwillige – andernfalls erzwungene – Abwanderung der Juden Algeriens gedrungen. Im März 1898 kam als Ergänzung eine illustrierte Beilage zum Blatt, in der der Antisemitismus über ausdrucksstarke Karikaturen und unter Anführung gemeiner Klischees von Juden angeheizt wurde.

„L'Antijuif“ machte auch den Wandel der antisemitischen Bewegung mit: Auf die Gewalt in der Straße folgte das Engagement in der Politik. Régis sicherte sich zunächst die Unterstützung Édouard Drumonts, der bereit war, für das Abgeordnetenmandat von Algier im Frühling 1898 anzutreten, mit Erfolg, denn von sechs gewählten algerischen Abgeordneten kamen vier aus dem antijüdischen Lager. Régis selbst, der 1898 mehrmals wegen Anstiftung zur Gewalt verurteilt wurde, trat bei den Wahlen zur Stadtverwaltung von Algier an und wurde am 21. November zum Bürgermeister gewählt. Seine Zeitung wurde nun zum offiziellen Organ der Stadtverwaltung, mit regelmäßigen Angriffen auf den Repräsentanten von Paris („ein Knecht von Rothschild“) und nachdrücklicher Unterstützung des Antijudaismus, den der neue Bürgermeister in seiner Politik umzusetzen trachtete: Säuberung der städtischen Beamten, Boykott des jüdischen Handels, Maßnahmen gegen die jüdische Gemeinde, Perspektive ihrer Ausweisung, etc. Die Aggressivität von „L'Antijuif“ ließ in der Folge nicht nach, auch nicht nach der Suspendierung Régis' am 11. Dezember 1898 (seine – illegalen – Maßnahmen wurden vom Mutterland für ungültig erklärt; er wurde beschuldigt, öffentlich Unruhe zu stiften). Die Zeitung nährte die antisemitische Flamme weitere zwei Jahre lang, die vom impulsiven Charakter Régis' geprägt waren: mehrmals Flucht bzw. Abreise ins Exil, Verurteilungen und Duelle, die von der Zeitung dem jüdischen Komplott zugeschrieben wurden (angeblich verkörpert von der Alliance Israélite Universelle) bzw. einer „verjudeten“ Republik.

Die von der antijüdischen Zeitung angestrebte ständige Agitation sollte die ideologische Leere und die Inkompetenz seiner Verantwortlichen sowie die Nichtigkeit ihrer Versprechungen ausgleichen. 1902 verfehlten die antijüdischen Abgeordneten ihre Wiederwahl, Régis verließ seinen 1901 zurückeroberten Bürgermeisterposten in Algier. Es war dies das Ende einer heftigen, aber zeitlich begrenzten Bewegung, in der

der Antisemitismus als Katalysator für verschiedenste Ansprüche und Proteste funktionierte. Régis, der in erster Linie für seine eigenen Interessen Nutzen gezogen hatte, wurde seinen nationalistischen Verbündeten letzten Endes lästig, da er das Gespenst eines algerischen Separatismus weckte. Die Verkaufszahlen der Zeitung sanken stetig; mehrere Journalisten wechselten zu moderateren Presseorganen. 1902 stellte „L'Antijuif“ das Erscheinen unter diesem Namen ein. Das Blatt wandelte sich zum neutraleren „L'Antijuif“ ohne den bisherigen antijüdischen Gehalt. Régis kehrte in die Anonymität zurück. Nach dieser kurzen, aber einschneidenden Bedrohung fanden die Juden Algeriens wieder Ruhe. Die antijüdische Agitation setzte allerdings in den 1920er Jahren und dann vor allem im darauffolgenden Jahrzehnt wieder ein. Das Crémieux-Dekret wurde vom Vichy-Regime per Gesetz vom 7. Oktober 1940 aufgehoben und nach der Befreiung wieder in Kraft gesetzt. Die jüdische Gemeinde verließ Algerien, als es 1962 unabhängig wurde.

*Dominique Trimbur*

## Literatur

Pierre Birnbaum, *Le moment antisémite: un tour de la France en 1898*, Paris 1998.

Pierre Hebey, *Alger, 1898: la grande vague antijuive*, Paris 1996.

Claude Martin, *Les Israélites algériens de 1830 à 1902*, Paris 1936.

Marie-Anne Matard-Bonucci, *L'image, figure majeure du discours antisémite*, in: *Vingtième Siècle–Revue d'histoire*, Nr. 72, 2001, S. 27–40.

## Antisemita (Kroatien, 1908)

Die erste Ausgabe der „Antisemita“ erschien am 16. März 1908 in Zagreb. Den Titel schmückte eine Zeichnung, auf der linksseitig eine arme, kinderreiche jüdische Familie dargestellt war. Ein Straßenschild wies der Familie den Weg in Richtung „Hrvatska“ [Kroatien]. Auf der rechten Seite war die gleiche Familie, jetzt aber reich und wohlgenährt, zu sehen. Damit zeigte die Zeitschrift auch gleich einen der Hauptvorwürfe, der den kroatischen Juden seitens der Antisemiten gemacht wurde: Die Juden würden nur die eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgen, Land und Leute ausnützen und so den eigenen Wohlstand mehren, nicht aber an das Land Kroatien denken.

Der Untertitel bezeichnete „Antisemita“ als das „Hauptorgan der antisemitischen Liga der Christen römisch-katholischer und orthodoxer Religion in Kroatien und Slawonien“. Die Zeitschrift wurde in der Katholischen Druckerei in Zagreb gedruckt, ihr Chefredakteur war der ehemalige Kabarettbesitzer und Setzer Ivan S. Kannengiesser. Was der Titel der Zeitschrift versprach, hielt der Inhalt: Sie war übersät mit judenfeindlichen Artikeln und Aufrufen an die Leser, nur bei Christen einzukaufen. Auf der Titelseite der zweiten Ausgabe war ein Schreiben Karl Luegers abgedruckt, in dem dieser die antisemitische Idee in Kroatien begrüßte und der Zeitschrift im Kampf gegen „den allmächtigen Einfluss des Judentums“ Glück wünschte. Nur einige wenige kroatische Medien reagierten auf das neue Blatt. So verurteilten beispielsweise das Organ der Fortschrittlichen Partei Pokret [Bewegung] sowie die zionistische Zeitschrift „Židovska smotra“ [Jüdische Rundschau] das Erscheinen dieses antisemitischen Blattes und äußerten sich zugleich zuversichtlich, dass es sich in Kroatien nicht

halten werde. Am 18. April 1908 erschien die sechste und letzte Ausgabe der Zeitschrift. Sie wurde aufgrund ausgebliebener Abonnenten eingestellt.

*Marija Vulesica*

## Literatur

Marija Vulesica, Die Formierung des politischen Antisemitismus in den Kronländern Kroatien und Slawonien 1879–1906, Berlin 2012.

## Antisemiten-Brevier (Wilhelm Berg, 1883)

Das 1883 von Wilhelm Berg herausgegebene, kleinformatige Heft mit dem Titel „Antisemiten-Brevier“ bedient sich bereits im Vorwort antisemitischer Hetzpropaganda, wie sie später auch die Nationalsozialisten verwendeten. So heißt es: „Mit den Ideen, die wir in diesem Breviere niedergeschrieben haben, richten wir uns vor Allem gegen die heutigen Tages in unserem Vaterlande herrschende materialistische Weltanschauung und deshalb zunächst gegen die Hauptstütze derselben, gegen das Judentum. Wir erkennen in der Judenfrage lediglich eine Existenzfrage für unser Volk und trennen sie daher von jedem rein politischen Partheigetriebe.“ Das Buch erschien auf dem Höhepunkt der damaligen antisemitischen Agitation im Kontext des 1873 erfolgten „Gründerkrachs“, dem Einbruch der Finanzmärkte insbesondere im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn. Es zielte speziell auf deutschnationale, christliche Gruppierungen und bediente deren Vorstellungen von Juden, die immer als „Fremde“, d. h. niemals als deutsche Staatsbürger im Deutschen Reich leben konnten.

Mithilfe von Reimen bedient sich der Verfasser zudem altbekannter antisemitischer, der christlichen Judenfeindschaft entlehnter diffamierender Vorstellungen über „die“ Juden. Der Antisemitismus existiere Berg zufolge seit 4.000 Jahren, „alle Geschichtsschreiber“ seien sich „einig“, dass Juden Fremde seien, negative Eigenschaften aufwiesen und dass es ihr Ziel sei, die Weltherrschaft zu übernehmen. Er führt prominente deutsche Dichter oder Komponisten wie Johann Gottfried Herder, Johann Gottlieb Fichte oder Richard Wagner zum „Beweis“ für seine Ausführungen heran. Zudem stellt er die Behauptung auf, dass bereits der „berühmte Alterthumsforscher Dr. L. Reinisch“ aus „egyptischen Hieroglyphen“ entziffert habe, dass „Korruption, Sittenverfall und zügellose Ausschweifungen an den semitischen, phönizischen, jüdischen und arabischen Kaufleuten gelegen habe“. Auch den Untergang Athens bringt er in Zusammenhang mit Juden und zieht dabei als gelehrten Zeugen den „bekannten Professor der Philologie Böth“ heran.

In den fünf folgenden Kapiteln erklärt der Autor im Detail, was es mit den Juden auf sich habe. Er formuliert im ersten Kapitel „Kauft nur bei Christen“ und richtet parallel mahnende Worte an die deutsche Frau, nicht „bei Juden“ zu kaufen. Grund für diese Ermahnung sei die Tatsache, dass Juden betrügen würden und diese Charaktereigenschaft bereits im Talmud quasi per „Gesetz“ festgelegt sei. Im zweiten Kapitel führt er diese Argumentation fort, indem er Juden unterstellt, die Emanzipation des 19. Jahrhunderts für ihre Zwecke „missbraucht“ zu haben. Deutschland diene nunmehr nur noch als „Filtrierapparat für heimathlose Juden“. Das dritte Kapitel behandelt die Frage, wie die deutsche Frau „für unsere christlich-nationale Sache“ gewon-

nen werden könne. Diese müsse mit den Antisemiten an einem Strang ziehen, obwohl diese sich selbst als „Feind einer jeden Frauenemanzipation“ bezeichneten. Im vierten Kapitel folgt der Aufruf, eine Gemeinschaft zum Wohle des deutschen Volkes zu bilden: Wichtig sei demzufolge „die Eigenschaft Antisemit“, die „Partei spielt keine Rolle!“ Das fünfte und letzte Kapitel verunglimpft schließlich den Talmud. Nun folgt der „Katechismus für jeden Antisemiten“ und eine Aufzählung der „bedeutendsten Männer unserer Bewegung“. Er nennt radikale Antisemiten wie Adolf Stoecker (deutscher Theologe und antisemitischer Politiker), Joseph Cremer (Journalist und Politiker), Liebermann von Sonnenberg (Politiker und Publizist) oder Bernhard Förster (Politiker und Gründer der Kolonie „Nueva Germania“). Es folgen die Benennung antisemitischer „Gedenktage“, wie die „Gründung der christlich-socialen Partei durch Hofprediger Stoecker [am] 3.1.1878“, und ein „Verzeichnis derjenigen Zeitschriften, welche direkt von Juden geleitet werden, oder doch wenigstens im Dienste und im Solde des Judenthums stehen“. Er zählt die „acht Thesen des I. internationalen Antisemiten-Congresses zu Dresden“ auf, deren Ziel es sei, die „Übermacht des Judenthums zu brechen“ oder die „Einwanderung der Juden, namentlich von Osten her [...] zu verhindern“.

Nach Art eines Nachschlageheftchens für Antisemiten listet er nun Poesie wie das „Lied der Deutschen“ mit den Zeilen „Deutschland, Deutschland über Alles“ von Hoffmann von Fallersleben aus dem Jahr 1841 auf. In den abschließenden „Epigrammen“ werden die „faulen, jüdischen Börsenblätter“, die „jüdischen Redakteure“ oder prominente Juden wie der Zeitungsverleger Rudolf Mosse sowie die amerikanische Schauspielerin Sarah Bernhardt angesprochen, der er unterschwellig Raffsucht unterstellt: „Du hast Diamanten und Perlen, hast Alles was Menschen begehren, Du hast vier herrliche Kinder, O Jungfrau, was willst Du noch mehr?“

Schließlich bietet der Autor beim Kauf des Brevieres hohe Mengenrabatte an.

*Verena Buser*

## **Antisemiten-Catechismus → Handbuch der Judenfrage**

### **Antisemiten-Hammer (Josef Schrattenholz/Hrsg., 1894)**

Der „Antisemiten-Hammer“ ist eine Zusammenstellung unterschiedlicher Texte, die gegen den Antisemitismus Stellung beziehen, das Judentum bzw. Juden und Jüdinnen würdigen oder gegenüber Vorurteilen und Unterstellungen verteidigen sollen. Die ausgewählten Texte umfassen religiöse Schriften, philosophische Abhandlungen, geisteswissenschaftliche Arbeiten und Kommentare von der Antike bis Ende des 19. Jahrhunderts. Der „Antisemiten-Hammer“ erschien 1894 als Reaktion auf das Erstarken des organisierten Antisemitismus und wurde im Commissions-Verlag von Ed. Lintz in Düsseldorf herausgegeben.

Herausgeber und Autor der Einleitung ist der Musikwissenschaftler und Redakteur der „Bonner Zeitung“ Josef Schrattenholz, der sich dezidiert als deutscher Katholik gegen Antisemitismus einsetzte. Das Vorwort schrieb der Physiologe und Anthropologe Jacob Moleschott. Das Buch war vor allem für ein nichtjüdisches Publikum gedacht, Schrattenholz richtet sich in seiner Einleitung mehrmals mit dem Wort „Wir“

explizit an christliche Deutsche. Er widmet darüber hinaus seine Anthologie aber ebenfalls einer breiteren Leserschaft und nennt dabei insbesondere Juden sowie auch Antisemiten.

Der Titel „Antisemiten-Hammer“ bezieht sich auf den „Hexenhammer“ (*malleus maleficarum*), eine spätmittelalterliche Legitimationsschrift für „Hexenverfolgungen“. Schrattenholz vergleicht in seiner Einleitung den Antisemitismus ausdrücklich mit Hexenverfolgungen: „An Stelle der Hexerei hat die Vertreterschaft der Religion der Liebe und modernen Bildung gegenwärtig das Judenthum gesetzt, statt Hexen und Druden foltern wir heute die Israeliten.“ Er wollte sein Werk als humanistisches Gegenstück zum „Hexenhammer“ verstanden wissen.

Es war der Anspruch von Schrattenholz, eine im Geist der Aufklärung und des Humanismus geprägte umfassende Quellensammlung zu erstellen, die Zitate verschiedensten Ursprungs, die gegen antisemitische Argumentationen einsetzbar sind, aufbereiten sollte. Die von ihm gewählten Texte bzw. Textausschnitte entnahm er u. a. Werken klassischer antiker Autoren, religiösen Schriften unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse (so verwendete er etwa Suren aus dem Koran und Ausschnitte aus der Thora), humanistisch-aufklärerischen Texten und zeitgenössischen Kommentaren und Schriften. Die Texte stammen dabei u. a. von Platon, Tacitus, Humboldt, Luther, Shakespeare, Kant, Lessing, Spinoza und Goethe. In seiner Einleitung betont Schrattenholz, vor allem Texte von Nichtjuden verwendet zu haben, obwohl vereinzelt auch Schriften von jüdischen Autoren aufgenommen wurden. Ziel des Buches war es, die antisemitische Argumentation, wonach Antisemitismus eine Grundkonstante der Menschheitsgeschichte sei, zu widerlegen.

Die einzelnen Kapitel des „Antisemiten-Hammers“ umfassen Texte zu unterschiedlichen Schwerpunkten: „Gott, Mensch und Leben“, „Rasse, Nation und Menschheit“, „Juden und Judenthum“, „Religion, Moral und Humanität“, „Die jüdische Religion“, „Gold, Geld und Reichthum“, „Handel und Wucher“, „Wahrheit und Irrthum. Recht und Unrecht“, „Staat und Zeitgeist. Gesellschaft und Vorurtheil“ und „Die Juden als Culturträger“. Darüber hinaus enthält das Buch mit den Kapiteln „Zeitstimmen über den Antisemitismus“ und „Gedichte“ zeitgenössische Texte, welche die jeweiligen Autoren speziell für den „Antisemiten-Hammer“ verfasst haben.

Der „Antisemiten-Hammer“ war als „Abwehrliteratur“ und konkret einsetzbares Werkzeug gegen den Antisemitismus gedacht und wurde in dieser Funktion auch benutzt. So subventionierte und verteilte etwa der Deutsch-Israelitische Gemeindebund (DIGB) Ausgaben des Buches.

Obwohl der „Antisemiten-Hammer“ als Schriftsammlung gegen den Antisemitismus angelegt ist, enthalten darin veröffentlichte Texte auch unterschiedliche Stereotype von Juden. Die anti-antisemitische Argumentation ist immer wieder von philosemitischen Klischees durchzogen. Moleschott stellt etwa in seinem Vorwort die rhetorische Frage: „Ist es der Juden Schuld, dass sie durchschnittlich begabter, edler, gemüthswärmer sind als Ihr?“

Auch in den von Schrattenholz ausgewählten Texten finden sich Stereotype von Juden, die, im Gegensatz zu antisemitischen Schriften, positiv besetzt werden. Die Texte sind außerdem teilweise tendenziös gewählt, so werden etwa von Friedrich Nietzsche

als „pro-jüdisch“ auslegbare Zitate verwendet, ohne auf antisemitische Vereinnahmungen Nietzsches einzugehen.

*Lukas Meissel*

## Literatur

Alan T. Levenson, *Between Philosemitism and Antisemitism. Defense of Jews and Judaism in Germany 1871–1932*, Lincoln, London 2004.

Thomas Mittmann, *Vom „Günstling“ zum „Urfeind“ der Juden. Die antisemitische Nietzsche-Rezeption in Deutschland bis zum Ende des Nationalsozialismus*, Würzburg 2006.

## Antisemiten-Katechismus → Handbuch der Judenfrage

### L'Anti-Sémitique (Frankreich, 1883–1884)

„L'Anti-Sémitique“ ist Anfang der 1880er Jahre der dritte Versuch, ein ausschließlich antijüdisches Periodikum in Frankreich zu gründen und kann schon wegen seines Titels als erste „antisemitische“ französische Zeitung angesehen werden: 48 Nummern erschienen im Wochentakt zwischen dem 2. Juni 1883 und dem 17. Mai 1884. Der „Anti-Sémitique“ erschien mit acht Seiten im Großformat ohne Illustrationen zunächst in Montdidier (Somme), bevor die Redaktion im Januar 1884 nach Paris verlegt wurde. Die Artikel erschienen weitestgehend anonym. Da das Zeitungsarchiv nicht erhalten ist, liegt der redaktionelle Aufbau des Unternehmens im Dunkel, vor allem seine Finanzierung (die Wochenzeitung verzichtete gänzlich auf Werbung). Der Drucker Abel Fauverge, von dem nur bekannt ist, dass er 1883 den „Anti-Sémitique“ verlegte, wird auch als Initiator des Projekts genannt. Einzig zwei gelegentliche Mitarbeiter der Zeitung genossen zur damaligen Zeit eine gewisse Bekanntheit: der Sozialist Auguste Chirac und Abbé Chabauty.

Form und Inhalt des Periodikums änderten sich laufend, die Judenfeindschaft bildete jedoch die Konstante. Der „Anti-Sémitique“ bot seinen Lesern keine wirklich aktuellen politischen Berichte, was wohl damit zusammenhing, dass die Zeitung keine klare politische Linie verfolgte: Dass in denselben Spalten ein ultramontaner Abbé (Chabauty) neben einem ausgemachten Atheisten (Chirac) stand, verdeutlicht die Entscheidung, antijüdische Argumente aus verschiedenen Richtungen zusammenzutragen.

Dennoch war der „Anti-Sémitique“ kein Zusammenschluss der Extreme und auch kein einfaches Bündnis der Feinde des neuen Regimes. Bisweilen zeigte er sich gegenüber republikanischen Persönlichkeiten aufgeschlossen und versuchte sogar, die Freimaurer zu überzeugen. Seinen Mitarbeitern war in erster Linie daran gelegen, in Frankreich eine für alle offene „antisemitische“ Bewegung zu initiieren, und sie beriefen sich auf zahlreiche Initiativen, die sich diesen Begriff auf die Fahnen geschrieben hatten, wie etwa eine Buchhandlung, die Gründung einer Liga oder auch die Aufstellung eines „anti-semitischen“ Kandidaten bei den Parlamentswahlen im September 1883. Es ist jedoch zweifelhaft, ob diese Ankündigungen auch nur in Ansätzen umgesetzt wurden. Ebenso verhielt es sich mit dem internationalen Antisemitenkongress, der Anfang 1884 in Paris stattfinden sollte, jedoch nie zustande kam. Der internationale Anspruch der „Anti-Sémitique“ zeigte sich auch daran, dass er Studien zur „Juden-

frage“ aus anderen Ländern und Informationen zur antijüdischen Agitation in Europa druckte.

Der „Anti-Sémitique“ erschien in der gesamten Republik, für November 1883 wurde eine Auflage von 18.000 angegeben. Er rief zudem einige Reaktionen hervor, darunter den Gegenspieler „Tribune philo-sémitique“. Doch im Großen und Ganzen traf er auf ein allgemeines Schweigen oder Misstrauen. Kaum ein Jahr nach seiner Gründung wurde der „Anti-Sémitique“, sicher aufgrund mangelnder Leserschaft, eingestellt, während die Titelländerung für die letzten Nummern in „Le péril social. Le parasite, voilà l'ennemi!!!“ vom mittelmäßigen Erfolg des Begriffs „antisemitisch“ in dieser Zeit zeugt. Die späteren französischen Antisemiten – allen voran Drumont, der die Zeitung kannte – beriefen sich kaum auf diese erste Initiative.

*Damien Guillaume*

## **Antisemitische Correspondenz → Deutschvölkische Blätter**

### **Antisemitische Hefte (Wilhelm Marr, 1880)**

Die drei Ausgaben der „Antisemitischen Hefte“ erschienen im Jahr 1880 auf dem Höhepunkt der ersten antisemitischen Welle. Wilhelm Marr, der „Patriarch des Antisemitismus“, war der alleinige Autor, jedes Heft hatte einen Umfang von 32 Seiten. Die Reihe konnte die Erwartung, eine große Leserschaft zu erreichen und die antisemitische Bewegung organisatorisch zu einen, nicht erfüllen. Sie stellte ihr Erscheinen schon im ersten Jahr wieder ein. Dennoch hatte sie eine gewisse Bedeutung für die Verfestigung des Begriffes Antisemitismus, für die Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung und die Radikalisierung des Antisemitismus.

Wilhelm Marr durchbrach seine scheinbar passiv-pessimistische Haltung (im → „Sieg des Judenthums über das Germanenthum“ von 1879) schon auf der Rückumschlagseite der so erfolgreichen Schrift. Dort kündigte er in einem Aufruf an seine Leser an, eine sozialpolitische Wochenschrift zu gründen, um „moralische Pression auf die jüdische Fremdherrschaft auszuüben“. Dieser Absicht diene zunächst „Die Deutsche Wacht“. Im März 1880 kam es zum Bruch zwischen Marr und Otto Henze, dem Verleger der „Wacht“. Der Verleger Ernst Schmeitzner, der von den Konflikten erfahren hatte, bot Marr an, „Die Deutsche Wacht“ zu übernehmen. Dieser nutzte die Offerte jedoch für ein neues Projekt, nämlich eine allein von ihm produzierte Reihe unter der Bezeichnung „Antisemitische Hefte“. Sie bot Marr neben dem Publikationsraum die Gelegenheit, den Begriff „Antisemitismus“ ohne Rücksicht auf christlich oder sozial argumentierende Bündnispartner inhaltlich auszubilden und öffentlich zu propagieren. Schmeitzner sah zunächst eine Auflagenhöhe von 5.000 Exemplaren zum Preis von 60 Pfennig vor. Nachdem vom ersten Heft aber weit weniger als 1.000 Stück verkauft worden waren, reduzierte er die Auflage auf die Hälfte.

Das „Antisemitische Heft“ Nr. 1 erschien im April oder Mai 1880 mit dem Titel „Der Judenkrieg, seine Fehler und wie er zu organisieren ist“ als zweiter Teil des „Sieg des Judenthums über das Germanenthum“. Wie der martialische Broschürentitel und der Hinweis auf dem Titelblatt „Der Verkauf findet zum Besten des antisemitischen Agitationsfonds statt“ nahelegten, zielte das Heft auf die praktisch-organisatori-

sche Ausrichtung der antisemitischen Bewegung. Ausführlich rechnete Marr mit seinen Konkurrenten und ehemaligen Gefährten in der Bewegung ab. Er kritisierte Stoecker und dessen christlich-konfessionellen Standpunkt, Otto Glagau, Heinrich Treitschke, vor allem aber seine ehemaligen unmittelbaren Gefährten aus der „Antisemiten-Liga“ und der „Deutschen Wacht“. In unverhohlener Aggressivität und militärischer Sprache drängte er auf Handlung. Den konkreten nächsten Schritt der „Kriegsführung“ sah er in der Einrichtung eines Agitationsbüros, das mit ca. 6.000 Mark pro Jahr ausgestattet werden sollte. Zu diesem Zweck schrieb er eine „freiwillige Antijudensteuer“ aus. Im Schlussteil des ersten Heftes versuchte Marr mit Ausführungen zur Geldpolitik der Reichsbank, mit Statistiken über Presseorgane in jüdischem Besitz oder zur Konfessionsverteilung in Gymnasien die Notwendigkeit des von ihm propagierten Krieges mit Zahlen zu belegen.

Im zweiten Heft „Goldene Ratten und rothe Mäuse“ attackierte Marr gleichzeitig Juden und Sozialdemokraten: „Von zwei Seiten wird also die Zerstörung der Gesellschaft betrieben; von Seiten der goldenen und rothen Internationale“. Seine antijüdischen Anschuldigungen verknüpfte er mit Rassetheorien, die von seinen eigenen kolonial-rassistischen Aktivitäten in Costa Rica beeinflusst sind: „Der Habitus der Neuspanier ist ein vorwiegend semitischer“, „dennoch ist die neuspanische Race stark mit Neger- und Indianerblut durchsetzt“, „der Jude kann wissenschaftlich als der ‚weiße Neger‘ betrachtet werden“, in Nicaragua und El Salvador vermutete er auf Grund fortgeschrittener Rassemischungen „gefleckte Menschen“. Die Vertreibung der spanischen Juden diene ihm als Vorbild für die Gegenwart, wenn er auch die Scheiterhaufen der Inquisition durch „Waffen des Geistes“ ersetzen wollte.

Als „unentbehrliches Büchlein für jeden deutschen Zeitungsleser“ trat das dritte Heft „Öffnet die Augen ihr deutschen Zeitungsleser“ auf den Plan. In diesem Heft wiederholte er seine in der „Deutschen Wacht“ veröffentlichten Anschuldigungen gegenüber der Presse und der „jüdischen Reklame“ und kam zu dem Schluss: „Mit der Judenemanzipation nahm nun auch die Journalistik einen riesigen abstrakt geschäftlich-industriellen Aufschwung“, der schließlich zur „Verjudung der Presse“ und in der Folge zu seinem eigenen Scheitern als Journalist führte. Am Ende des Heftes vermerkte er, dass diese Schrift „von der Inseratenschwindelpresse todgeschwiegen werden wird“, und versucht so, die Absatzschwierigkeiten der Hefte zu erklären.

Als Theodor Fritsch 1885 Ernst Schmeitzners Verlag erwarb, bekannte er in einem Brief an Marr, die „Antisemitischen Hefte“ erst durch den Aufkauf des Verlags kennengelernt zu haben. Ihr Bekanntheitsgrad war daher offenbar selbst innerhalb der antisemitischen Bewegung gering.

*Isabel Enzenbach*

## Literatur

- Werner Bergmann, Ein „weltgeschichtliches ‚Fatum‘“, in: Werner Bergmann, Ulrich Sieg (Hrsg.), *Antisemitische Geschichtsbilder*, Essen 2009.
- Malcom B. Brown, *Friedrich Nietzsche und sein Verleger Ernst Schmeitzner*, Frankfurt am Main 1987.
- Moshe Zimmermann, *Deutsch-jüdische Vergangenheit: der Juden Hass als Herausforderung*, Paderborn 2005.



Moshe Zimmermann, Wilhelm Marr, *The Patriarch of Anti-Semitism*, New York, Oxford 1986.

## **Antisemitischer Volkskalender → Kehraus-Kalender**

### **Der Antisemitismus – Ein Internationales Interview (Hermann Bahr, 1893)**

Der österreichische Schriftsteller, Theater- und Literaturkritiker Hermann Bahr (1863-1934) war einer der bedeutendsten Literaturtheoretiker der Jahrhundertwende und stand im Zentrum des literarischen Betriebes dieser Epoche. Weltanschaulich zeigte er eine große Wandlungsfähigkeit. Aus dem antisemitischen Alldeutschen wurde ein Sozialist, später ein Republikaner, bis er sich 1916 dem Österreichertum, der Monarchie und (erneut) dem Katholizismus zuwandte.

Bahr, der mit seiner antisemitischen Vergangenheit abzurechnen hatte, befragte 1893, als die antisemitische Bewegung erneut erstarkte, einundvierzig damals prominente Persönlichkeiten in mehreren europäischen Ländern, darunter Politiker wie August Bebel, James Arthur Balfour, Theodor Barth, Jules Simon, Sir Charles Wentworth Dilke und Lau Janson; Wissenschaftler wie Ernst Haeckel, Theodor Mommsen, Gustav Schmoller, Adolph Wagner, Wilhelm Foerster, Cesare Lambroso, Enrico Ferri oder Heinrich Rickert; Schriftsteller wie Henrik Ibsen, Alphonse Daudet, Friedrich Spielhagen, John Henry Mackay, Charles Morice und Björnsterne Björnson und Journalisten wie Maximilian Harden oder die Frauenrechtlerinnen und Sozialistinnen Séverine (Pseudonym von Caroline Rémy de Guebhard) und Annie Besant zu ihrer Einstellung gegenüber dem Antisemitismus. Bahr reiste im Mai 1893 als Mitarbeiter der Wiener „Deutschen Zeitung“ durch Europa und veröffentlichte die dabei geführten Interviews zunächst in der „Deutschen Zeitung“, später in Buchform: „Der Antisemitismus. Ein internationales Interview“ (1894 / wiederaufgelegt 1979). Die Stellungnahmen dreier italienischer Wissenschaftler waren schriftlich eingegangen und wurden erst in der Buchpublikation veröffentlicht.

In seinem knappen Vorwort stellt Bahr seine Psychologie des Antisemiten vor. Für diesen sei der Antisemitismus kein Mittel zum Zweck, sondern Rausch und Schwelgen im Gefühl. Die antisemitischen Führer nutzten diese Leidenschaft des Pöbels, um Herrschaft auszuüben. Mit Argumenten sei demnach dem Antisemitismus nicht beizukommen, eine Auffassung, in der ihm die meisten seiner Interviewpartner folgen, die den Antisemitismus als irrational charakterisieren oder gar als Krankheit sehen wollen. Bahr versteht deshalb seine Interviews auch nicht als Versuch einer Widerlegung des Antisemitismus mit rationalen und sittlichen Argumenten, denen Antisemiten ohnehin nicht zugänglich seien, sondern als Dokument des Zeitgeistes. In seiner Einleitung zur Neuauflage nennt Hermann Greive das Buch denn auch ein „Zeitdokument ersten Ranges“, das die europäische Einschätzung der „Judenfrage“ im fin de siècle „schlaglichtartig erhellt“, und die „die pro- und antijüdische Stimmung der Zeit in der Brechung der Frage- und Darstellungsweise eines Zeitgenossen“ präsentiert.

Die Interviews, die zumeist drei bis vier Druckseiten umfassen, haben den Charakter einer zwanglosen Unterhaltung zwischen Bahr und seinen Interviewpartnern, in

denen die Schilderungen des Ambientes sowie des Erscheinungsbildes und Auftretens des Befragten breiten Raum einnehmen. Das Gespräch kommt häufig erst gegen Ende des Interviews überhaupt auf das eigentliche Thema, das dann häufig nur angerissen wird. So gut wie alle Interviewpartner verwahren sich gegen den Radauantisemitismus und dessen radikale Forderungen nach einer Beschneidung der Rechte der Juden bzw. gar nach ihrer Ausweisung. Die große Mehrheit spricht sich als Christen, Liberale, Anarchisten, Sozialisten oder schlicht als vernünftig denkende Menschen gegen den Antisemitismus aus. Doch hat Bahr auch einige Personen interviewt, die als antisemitisch gelten wie der Anti-Dreyfusard Henri Rochefort, der französische General Gustave Paul Cluseret, wie Adolph Wagner, eine führende Persönlichkeit in der christlich-sozialen Partei Adolf Stoeckers, der belgische Schriftsteller und Jurist Edmond Picard und Maximilian Harden, oder die am Antisemitismus doch gewisse positive Seiten erkennen wollten wie der Nationalökonom Gustav Schmoller, der Zoologe und Philosoph Ernst Haeckel, der nicht glauben wollte, dass eine so lange währende mächtige Bewegung wie der Antisemitismus ohne gute Gründe möglich sei, oder der Schriftsteller Alphonse Daudet, der sich, nachdem er zuvor in Gesprächen mit dem Antisemiten Édouard Drumont gegen den Antisemitismus gestritten hatte, nun als „vager Antisemit“ fühlte. Einige der so als „Antisemiten“ Angesprochenen, wie etwa Maximilian Harden, stritten dies jedoch im Interview ab. Diejenigen, die dem Antisemitismus eine gewisse Sympathie entgegenbringen, weisen der religiösen Differenz keine Bedeutung mehr zu. Sie halten den Antisemitismus entweder wegen der „sozialen Frage“ für berechtigt und sind kapitalismuskritisch orientiert, wobei sie den Juden vorwerfen, sich selbst mit dem Kapital zu identifizieren und sich deshalb angegriffen zu fühlen, oder sie verorten die Differenz in der Lebensart, die sie teils als Rassen-, teils als nationale oder aber ästhetische Frage formulieren, wobei sich hier oft Treitschkes Forderung nach stärkeren Assimilationsbemühungen seitens der Juden findet.

Bahr hat jedoch auch als dezidierte Gegner des Antisemitismus bekannte Persönlichkeiten aufgesucht, wie Theodor Mommsen, Jules Simon, Heinrich Rickert oder Séverine. Mommsen, der eine resignative Haltung einnimmt, verspricht sich allenfalls von einem Aufruf vieler Autoritäten gegen den Antisemitismus eine gewisse Wirkung, während Rickert auf den politischen Kampf des Liberalismus setzt und Séverine den Antisemitismus zwar ablehnt, ihm aber als ein Moment der politischen Gärung eine Rolle bei der kommenden Revolution zubilligt, die ihn dann aber zum Verschwinden bringen werde.

Je nach der Virulenz der antisemitischen Bewegung in den einzelnen Ländern schreiben die Befragten dem Antisemitismus eine ganz unterschiedliche Bedeutung zu. So sehen die Interviewpartner aus England, Belgien oder Norwegen in ihren Ländern kein Anzeichen von Judenfeindschaft. Der norwegische Schriftsteller Björnsterne Björnson beantwortet die schriftliche Anfrage, ob es in Skandinavien Antisemitismus gebe, ganz lakonisch mit „Nein“, ebenso die Nachfrage, ob es Anzeichen für sein künftiges Anwachsen gäbe. Ein Interviewpartner aus Spanien bestreitet ebenfalls, dass es Antisemitismus in Spanien gibt, weil dort keine Juden mehr lebten. Deutsche und Franzosen geben dagegen dem Thema viel Raum.

Auf die Interviews folgt ein knappes Fazit von einer halben Seite, in dem Bahr den Antisemitismus in den einzelnen europäischen Ländern charakterisiert: Demnach sei der deutsche Antisemitismus reaktionär, „eine Revolte der kleinen Bürger gegen die industrielle Entwicklung“ und die Freiheit der Moderne, der französische sei revolutionär, ein Kampf gegen die Herrschaft der Reichen, indem er „den Juden bloß als bequemes und wirksames Beispiel des Kapitalisten nimmt“, während es in Spanien, England, Skandinavien keine Antisemiten gäbe. „In Belgien gibt [sic] es nur einen“, den von Bahr interviewten Edmond Picard. Er nimmt abschließend seine Argumentation der Einleitung wieder auf und sieht zwar „allerhand Gründe“, die „für und gegen den Antisemitismus“ vorgebracht würden, diese scheinen ihm aber ohne Kraft. Er sieht in ihm eine „hysterische Begierde“. Weil viele in „dieser verlassenen Zeit keine große Liebe finden, schlürfen sie in Narkosen des Hasses“. Als Gegenmittel schlägt er vor, ein Ideal für diese Menschen zu suchen.

*Werner Bergmann*

### Literatur

Reinhard Farkas, Hermann Bahr. Dynamik und Dilemma der Moderne, Wien, Köln 1989.

Hermann Greive, Einleitung, in: Hermann Bahr, Der Antisemitismus. Ein internationales Interview, hrsg. von Hermann Greive, Frankfurt am Main 1979, S. 7–11.

## **Antisemitismus und Strafrechtspflege (Maximilian Parmod, 1894)**

Maximilian Parmod ist das Pseudonym von Max Apt, einem jüdischen Rechtsanwalt, Notar und Wirtschaftsvertreter. Geboren wurde Max Apt am 16. Juni 1869 in Groß-Strehlitz. Im Jahr 1905 gründete er als Honorarprofessor der Handelshochschule Berlin die „Deutsche Wirtschaftszeitung“. Apt war außerdem Chef der Organisation des deutschen Außenhandels und Herausgeber der „Deutschen Reichsgesetzgebung“. Als Abgeordneter der jüdischen Gemeinde in Berlin nahm er 1938 an der Konferenz von Evian teil. 1939 emigrierte Max Apt nach England, 1954 kehrte er nach Deutschland zurück, er verstarb am 16. Dezember 1957 in Berlin.

Im Jahr 1894 erschien die dritte Auflage der Schrift „Antisemitismus und Strafrechtspflege. Zur Auslegung und Anwendung der §§ 130, 166, 185, 193, 360/11 Straf-Gesetz-Buchs in höchstrichterlicher und erstinstanzlicher Praxis“ (Berlin, 138 S.). Bereits im Vorwort seiner Arbeit, die als erste juristisch-historische Schrift zum Antisemitismus gelten kann, betont Apt die zeitgenössische Relevanz der §§ 130, 166, 185 und 360 des St.G.B., die die Straftatbestände „Anreizung zum Klassenkampf“, „Beschimpfung von Religionsgesellschaften“, „Beleidigung. Wahrnehmung berechtigter Interessen“ und „Grober Unfug“ beinhalten. Außerdem appelliert er schon hier an eine „sachliche Würdigung“ seiner Arbeit, die nicht den Anspruch habe, das Thema erschöpfend zu behandeln, sondern zur weiteren Erörterung anregen möchte. Er sieht es als seine Aufgabe, Fehler und Irrtümer der deutschen Justiz zu zeigen und zu erläutern.

In der Einleitung zitiert Apt die preußische Justizverwaltung und ihren Anspruch, alle Staatsbürger gleichberechtigt zu behandeln und nicht zwischen „Semiten und Antisemiten“ zu unterscheiden. Er betont aber die unfaire Praxis, deren Fehler auf

„rechtsirrtümlichen Grundlagen“ basiere. Er geht davon aus, dass die Diskriminierung und Benachteiligung jüdischer Bürger nicht auf einer mangelhaften Gesetzeslage beruhe, sondern aus der jeweiligen angewandten Praxis durch die Richter und vor allem durch die Staatsanwälte resultiere, die häufig die Ermittlungsverfahren aufgrund eines angeblichen Mangels an öffentlichem Interesse einstellten und so eine weitere Untersuchung verhinderten. Immer wieder betont Apt die Akzeptanz des Judentums in Deutschland, als müsse er damit die Legitimation seiner Arbeit rechtfertigen.

In den folgenden Kapiteln stellt der Jurist verschiedene Beispiele vor, in denen es zu antisemitischen Urteilsbeschlüssen oder zumindest unterschiedlicher, wenn nicht gegensätzlicher Interpretation der geltenden Gesetze des deutschen Reiches zum Nachteil jüdischer Kläger oder Angeklagter kam.

Im dritten Abschnitt behandelt Apt die verschiedenartige Urteilsfindung und Behandlung am Beispiel „der Beleidigung einer Mehrheit einzelner Personen unter Kollektivbezeichnung“. Er schildert hier, wie im Falle einer Kollektivbeleidigung einer Gruppe Juden das Reichsgericht für den Angeklagten entschied, da er ja keine Person direkt beleidigt habe und sich „die Injurie [...] gegen eine bestimmte Person [zu] richten [hätte]“. Apt führt anschließend aber verschiedene Fälle nicht jüdischer Betroffener einer Kollektivbeleidigung an, bei denen gerade aufgrund der verallgemeinernden Aussage für eine damit einhergehende Beleidigung eines jeden einzelnen der Gruppe entschieden wurde.

Akribisch erläutert Apt Beispiele, scheinbar in der Hoffnung mit direktem Vergleich und sachlicher Argumentation überzeugen und damit aufklären und verändern zu können. Apt argumentiert auf zwei Ebenen, zum einen auf der theoretischen, materialrechtlichen, zum anderen auf der praktischen, prozessrechtlichen. Er kritisiert die erstinstanzlichen Irrtümer und den strukturellen Aufbau des juristischen Systems, der es verhindere, eine höchstgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Apt appelliert an eine Versachlichung in der Justiz, weg von einer von ihm beschriebenen Emotionalität der Juristen hin zu einer vernunftorientierten und möglichst objektiven Anwendung des strafrechtlichen Instrumentariums.

Die zeitgenössischen Fallbeispiele führt Apt in einem Quellenanhang auf. Die Aktualität seiner Arbeit und ihre Relevanz für seine Zeitgenossen wird anhand einer Rezension deutlich, die sich in „Im deutschen Reich: Zeitschrift des Central-Vereins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens“ aus dem Jahr 1895 findet: „Diese auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruhende Schrift vertritt keinen Parteistandpunkt, sondern zeigt in juristisch-technischer Weise, wie berechtigt der Kampf um's Recht ist, welchen die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens zu führen haben. [...] Im Interesse des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wünschen wir, daß die 2. Auflage des ‚Parmod‘ recht rasch vergriffen und der rechtsgelehrte Autor zu einer 3. Auflage veranlaßt werde, weil man von ihm erwarten darf, daß er dann als Ergänzung seiner wertvollen Arbeit die beiden reichsgerichtlichen Entscheidungen im Falle Rethwisch und im Falle v. Mosch, sowie alle Folgen der mißverstandenen Auffassung der ersteren Entscheidung freimüthig, aber ohne Voreingenommenheit kritisch beleuchten wird.“

Aus heutiger Sicht und in Kenntnis der kommenden Entwicklungen erscheinen die redlichen Bemühungen Max Apts naiv. Und seine Schlussworte verstärken diesen

Eindruck zunächst noch: „Die Wanderung war mühselig, aber nicht unerfreulich. [...] So war es doch eine Genugtuung, darlegen zu können, dass diese Folge nicht auf einer Parteilichkeit der beteiligten Organe, sondern auf rechtsirrtümlichen Grundlagen beruhte. Daraus kann bei der Gewissenhaftigkeit unserer Behörden die begründete Hoffnung geschöpft werden, dass fortan den gegen die jetzt herrschende Rechtsprechung vorgetragenen Bedenken Rechnung getragen werden.“ Seine Verwendung eines Zitats aus dem alten Testament betont noch einmal den Appell an das deutsche Volk: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk!“ und das Schlusskapitel endet mit den Worten: „Iustitia fundamentum regnorum ...“ [Gerechtigkeit ist das Fundament der Reiche].

Vielleicht ist die vermeintliche Naivität aber auch Funktion einer versteckten Kritik und dient dem Schutz des Verfassers, erschien die Schrift doch unter einem Pseudonym, was vermuten lässt, dass Apt Befürchtungen wegen eventueller Konsequenzen einer zu offensiven Kritik hatte und er sich deshalb durch den postulierten Glauben an das deutsche Recht, die Justiz und das Potenzial der Gesellschaft zu wappnen suchte. Ebenso könnte das Pseudonym auch dem Zweck gedient haben, nicht aufgrund seines jüdischen Glaubens für voreingenommen gehalten zu werden und so den Anspruch an eine sachliche Würdigung seiner Arbeit zu gefährden.

*Katharina Kretschmar*

## Literatur

Christoph Jahr, Antisemitismus vor Gericht. Debatten über die juristische Ahndung judenfeindlicher Agitation in Deutschland (1879–1960), Frankfurt am Main u. a. 2011.

## **Arbeiter! Schüttelt das Judenjoch ab → Flugblätter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes**

## **Arbeitertum (1931–1945)**

Die von Hans Muchow, einem der führenden Köpfe der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO), und der Berliner NSDAP gegründete Zeitschrift „Arbeitertum“ erschien ab dem 1. März 1931 als „Blätter für Theorie und Praxis der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“. 1933 wurde die Zeitschrift von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übernommen und von dieser bis Kriegsende herausgegeben. Ab dem 1. Juni 1933 führte das „Arbeitertum“ den Untertitel „Amtliches Organ der Deutschen Arbeitsfront“, der 1936 noch einmal zum „Amtlichen Organ der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ erweitert wurde. Herausgeber war bis Oktober 1933 Hans Muchow. Nach dessen Tod trat für zwei Ausgaben Walter Schuhmann übergangsweise als Herausgeber auf. Ab dem 15. November 1933 benannte das Blatt nur noch die „Hauptschriftleitung: Hans Biallas“, ergänzt ab dem 1. Januar 1934 durch den verantwortlichen bzw. stellvertretenden Schriftleiter Gerhard Starke. Hans Biallas war seit dem 13. Mai 1933 u. a. Leiter des DAF-Presseamtes sowie seit Januar 1934 des Amtes für Presse und Propaganda der DAF. Im Zeitraum 1940/41 übernahm Werner Scheunemann sowohl die Hauptschriftleitung der Zeitung „Arbeitertum“ als auch die Leitung des DAF-Presseamtes. Er behielt diese Positionen bis 1945.

Das „Arbeitertum“ war seit der Übernahme durch die DAF die wichtigste Zeitschrift des gigantischen DAF-Pressesapparates. Mit dem Anwachsen der Deutschen Arbeitsfront zur größten Massenorganisation des nationalsozialistischen Deutschland steigerte sich auch die Auflage des „Arbeitertums“, von 950.000 Exemplaren 1934 auf 2,1 Mio. 1935 und 4,2 Mio. 1938. Das „Arbeitertum“ erschien halbmonatlich und hatte anfangs einen Umfang von 24 Seiten. Bis Kriegsbeginn wurde dieser Mindestumfang beibehalten, teilweise bis auf 32 Seiten ausgeweitet, wobei Ende der 1930er Jahre bis zu vier Seiten Werbung keine Seltenheit waren. Ab 1940 verringerte sich der Umfang kriegsbedingt auf 16 und 1941 auf 12 Seiten. Die Zeitung kostete zu Beginn 20 Pfennig und ab 1934 10 Pfennig.

In den ersten beiden Jahren ihres Erscheinens fungierte die Zeitschrift als Kampf- und Propagandablatt von NSBO und NSDAP. Insbesondere der Kampf gegen die traditionellen Arbeiterorganisationen, die freien Gewerkschaften sowie die Arbeiterparteien SPD und KPD war Schwerpunkt der publizistischen Tätigkeit. Hauptanliegen war die Gewinnung der deutschen Arbeiterschaft für die nationalsozialistische Bewegung. Dieser Zweck blieb auch nach der Übernahme durch die DAF erhalten. Allerdings rückte nun die positive Berichterstattung über die DAF und das nationalsozialistische Regime in den Vordergrund. Erfolgsmeldungen und Rechtfertigung der nationalsozialistischen Arbeitsmarktpolitik nahmen ebenso breiten Raum ein wie die Vermittlung der Tätigkeiten und Aufbauleistungen der Deutschen Arbeitsfront und ihrer Teilorganisationen. Hierbei erfreute sich insbesondere die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ einer überschwänglichen Berichterstattung. Ergänzt wurde dieses Repertoire durch Buchbesprechungen, Kulturreportagen oder seichte Unterhaltungsartikel, dadurch erlangte die Zeitung Mitte der 1930er Jahre beinahe Illustriertencharakter.

In der ersten Ausgabe vom 1. März 1931 stellte die neue Zeitschrift im ersten Artikel allgemein ihren Zweck als Sprachrohr von NSBO und NSDAP vor, es folgte ein Artikel gegen den Marxismus in Volk und Arbeiterschaft und schon der dritte Artikel richtete sich programmatisch gegen die Juden und ihren Einfluss in der Arbeiterbewegung. Dementsprechend findet sich die These der jüdischen Dominanz der marxistischen Arbeiterbewegung, womit SPD und KPD gemeint waren, als wiederkehrendes Muster. Die Arbeiterbewegung und insbesondere ihre führenden Vertreter wurden als jüdisch abqualifiziert. Es wurden Verbindungslinien zur internationalen Arbeiterbewegung und zur Sowjetunion gezogen, die als „verjudet“, jüdisch durchsetzt und beherrscht gebrandmarkt wurden. Immer wieder wurde das Schreckensbild des „jüdischen Bolschewismus“ beschworen. Ebenso wiederkehrend fanden sich gängige antisemitische Muster wie die „jüdische Weltverschwörung“, das „jüdische Finanzkapital“, das die Weltherrschaft anstrebe, die „jüdische Presse“, die Figur des „Itzig“ usw. Antijüdische Hetze erschien in Artikeln zu Kunst und Kultur, in denen der Kontrast zwischen der alten „verjudeten“ und der neuen nationalsozialistischen Kunst hervorgehoben wurde. Und ebenso wurde der nationalsozialistischen Rassentheorie Raum gewährt. Neben der Sowjetunion und der Arbeiterbewegung wurden die verschiedensten Gegner standardmäßig mit den Termini „jüdisch“ oder „verjudet“ pejorativ belegt. Dies traf sowohl England und Frankreich als auch die Weimarer Republik oder die österreichische Regierung unter Kurt Schuschnigg. Es wurden antisemitische Bü-

cher wie das → „Handbuch der Judenfrage“ von Theodor Fritsch oder die von Otto Jamrowski herausgegebene Broschüre „Deutschlands Kampf für die abendländische Kultur“ besprochen und empfohlen. Das Blatt bot antijüdische Hetze sowohl als Beiwerk in der Form immer wiederkehrender Stereotype als auch vordergründig in klar antijüdisch positionierten Artikeln, die sich mit den „Juden“ auseinandersetzten, bis hin zum Abdruck aktionistischer Artikel wie „Deutsche Arbeiter, wehrt euch gegen die internationale Judenhetze! Kauft nicht bei Juden!“ (15. April 1933).

Judenfeindliche Artikel, Textpassagen und Karikaturen lassen sich über weite Strecken des Erscheinungszeitraums sowohl unter der Obhut von NSBO als auch der DAF finden. Frequenz und Intensität variieren dabei. Dies korrespondiert mit der Rolle der Zeitschrift, der von ihren Machern nicht primär die Rolle eines antisemitischen Hetzblattes zugedacht war, die aber gleichwohl ein Spiegelbild des antisemitischen Grundkonsenses des nationalsozialistischen Weltbildes liefert und dieses mit massenhafter Auflage verbreitet.

*Hendryk Rohn*

## Literatur

Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945. Göttingen 2012.

Gunter Mai, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31(1983), S. 573–613.

## Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie (1904–1944)

Das „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ war eine 1904 vom Rassenhygieniker Alfred Ploetz, dem Juristen Anastasius Nordenholz und dem Zoologen Ludwig Platte gegründete wissenschaftliche Zeitschrift. Sie erschien ab 1909 im Verlag B. G. Teubner und ab 1922 im → J. F. Lehmanns Verlag und wurde von seinen Gründern sowie von Fritz Lenz, Eugen Fischer, Agnes Blum und Ernst Rüdin herausgegeben. Die Herausgeber hofften, den populär- und vermeintlich pseudowissenschaftlichen Charakter bisheriger rassenhygienischer Untersuchungen zu überwinden und der Rassenhygiene ein wissenschaftliches Fundament zu geben. Ihr Ziel war „die Erforschung des Wesens von Rasse und Gesellschaft und ihres gegenseitigen Verhältnisses für die biologischen Bedingungen ihrer Erhaltung und Entwicklung sowie für die grundlegenden Probleme der Entwicklungslehre“. Um dies zu unterstreichen, wurde das erste Heft den Biologen August Weismann und Ernst Haeckel gewidmet. Außerdem wurde dem „Archiv“ vorübergehend der Untertitel „eine Dezendenztheoretische Zeitschrift“ gegeben.

Das „Archiv“ war in thematischer und methodischer Hinsicht bewusst interdisziplinär angelegt, mit dem Anspruch, eine systematische Abhandlung des gesamten Forschungsgebietes zu leisten. Es wurden Beiträge aus allen Bereichen der Lebens-, Natur- und Humanwissenschaften veröffentlicht, allerdings mit auffallend starker Beteiligung von Medizinern und Rassenhygienikern. Zudem gab sich das „Archiv“ auch anwendungsorientiert: Es sollten die wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse „in

das ringende Leben der Menschen“ gebracht werden. Dabei wurden hygienische Themen eingeschlossen.

Das „Archiv“ firmierte als wissenschaftliches Organ der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene. Als solches trat es bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegen den vermeintlich biologisch widerlegten „Grundsatz von der Gleichheit aller Menschen und Menschenrassen“ an und hielt ihm die „Erhaltung der Rassenwerte des deutschen Volkes, die Reinhaltung seines arischen, germanischen Blutes“ als oberste Pflicht entgegen. Nach dem Verlagswechsel 1922 vertrat das „Archiv“ in der Gesellschaft für Rassenhygiene die „Münchener Richtung“ – im Gegensatz zur Berliner bzw. Fischer-schen Richtung der Zeitschrift „Eugenik, Erblehre, Erbpflege“.

Nach der NS-Machtübernahme 1933 wurde das „Archiv“ zum Organ des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst im Reichsinnenministerium. Es traten u. a. der Anthropologe Theodor Mollison, der Hygieniker Ernst Rodenwaldt, der Dermatologe Hermann Werner Siemens und der Genetiker Erwin Bauer der Herausgeberschaft bei. 1936 wurde zudem der Leiter des Rassepolitischen Amtes der NSDAP (Walter Gross) und der Reichskommissar des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung (Falk Ruttke) ins Herausgebergremium aufgenommen. Bereits in den 1930er Jahren veröffentlichte das „Archiv“ mehrere Aufsätze über die Auswirkungen des Krieges auf die Volksgesundheit. Ebenso wurden politische Reden sowie wissenschaftliche Beiträge von einflussreichen NSDAP-Mitgliedern (Wilhelm Frick, Arthur Gutt, Ernst Rüdin) abgedruckt. Im vorletzten Heft zu Ehren von Ernst Rüdin kamen überwiegend Psychiater zu Wort, u. a. auch die T4-Gutachter Kurt Pohlisch und Friedrich Panse. Die Publikation des „Archivs“ wurde Anfang 1944 eingestellt.

Vor dem Ersten Weltkrieg stand das „Archiv“ dem Zionismus positiv gegenüber, denn „gerade der Rassenhygieniker [...] wird immer ein Freund des nationalen Gedankens sein“. Mit dem Verlagswechsel und der Aufnahme von Max von Gruber in die Herausgeberschaft klangen bereits 1922 antisemitische Töne an. Seitdem war das „Archiv“ auch Forum für das teils antisemitische Programm des Lehmanns-Verlages. Schon 1934 übernahm das „Archiv“ Beiträge aus der stärker antisemitisch geprägten Zeitschrift → „Volk und Rasse“, in der Ernst Rüdin sich zu einer „ausmerzenden Rassenhygiene“ bekannte und sich verpflichtete, bei der Umsetzung von Hitlers Programm zur „Erneuerung“ des deutschen Volkes zu helfen. Seit 1935 erschienen Aufsätze mit explizit antisemitischem Inhalt, worin z. B. vor einer „Vermischung der deutschen Bevölkerung mit Fremdrassigen, insbesondere mit Juden“ gewarnt wurde.

Gelegentlich wurde über NSDAP-Parteitage von Adolf Hitler und anderen berichtet, in denen der Bolschewismus de facto mit dem Judentum gleichgesetzt wurde. Trotzdem blieb das Profil der Zeitschrift deutlich stärker von Themen wie Ehehygiene und Volksgesundheit als vom Antisemitismus geprägt.

*Eric J. Engstrom*

## Literatur

Mario Heidler, Die Zeitschriften des J. F. Lehmanns Verlages bis 1945, in: Die „rechte Nation“ und ihr Verleger: Politik und Popularisierung im J. F. Lehmanns Verlag, 1890–1979, hrsg. von Sigrid Stöckel, Berlin 2002, S. 47–101.

## Ares Verlag → Leopold Stocker Verlag



**Aspects of Jewish Power in the US → The International Jew****Auf dem Judenkirchhof in Prag (Herrmann Goedsche, 1868)**

Herrmann Ottomar Friedrich Goedsche (1815–1878), Redakteur der agrarkonservativen → „Neuen Preußischen Zeitung“ (Kreuzzeitung) und erfolgreicher Trivialautor, veröffentlichte 1868 unter dem Pseudonym „Sir John Retcliffe“ den ersten Band seines Fortsetzungsromans „Biarritz“. Fiktional verbrämt, schildert Goedsche darin die politischen Ereignisse seiner Zeit und deutet sie als Folgen einer globalen Verschwörung von Freimaurern, Sozialisten, Jesuiten und jüdischen Kapitalisten gegen Thron und Altar.

Ein Kapitel des Romans spielt im Jahr 1860 „auf dem Judenkirchhof in Prag“. Dort treffen sich alle hundert Jahre die „Häupter oder Auserwählten“ der zwölf Stämme Israels mit einem dreizehnten, dem Vertreter der „Verstoßenen und Wandernden“, zu mitternächtlicher Stunde am Grab des Rabbi Simeon ben Jehuda und erörtern auf Chaldäisch die Mittel und Wege zur Erlangung der „Herrschaft, die Abraham versprochen worden und die das Kreuz uns entrissen“. Dabei werden sie von zwei Männern belauscht, dem deutschen Gelehrten Dr. Faust und dem zwielichtigen jüdischen Apostaten Signor Lasali (alias Ferdinand Lassalle), die dadurch Einblick in das wohlgeheutete „Geheimniß der Kabbalah“ gewinnen. „Wenn alles Gold der Erde unser ist“, so die Verschwörer, „ist alle Macht unser. [...] Das Gold ist das neue Jerusalem – es ist die Herrschaft der Welt.“ Zunächst erfolgt eine Bestandsaufnahme, bei der das „baare Kapital“, über das Israel durch die jüdischen Bankhäuser verfügt, addiert und zu den Staatsschulden der jeweiligen Länder in Beziehung gesetzt wird, denn: „Indem wir die Börse beherrschen, beherrschen wir das Vermögen der Staaten. Deshalb muß man den Regierungen das Schuldenmachen erleichtern, um immer mehr die Staaten in unsere Hand zu bekommen.“ Ferner gelte es, den Grundbesitz des Adels zu ruinieren, die Handwerker in Fabrikarbeiter zu verwandeln, die Kirchen und das Militär zu diskreditieren und die Schulen zu entchristlichen. Nach dem Gold sei die Presse die wichtigste Macht der Welt; sie ermögliche es, die blinde Masse zu manipulieren, die Moral zu untergraben und politische Unruhe zu schüren. Der Sieg, so die Verschwörer, sei nahe: „Achtzehn Jahrhunderte haben unseren Feinden gehört – das neue Jahrhundert gehört Israel.“

Bei seiner Schilderung der geheimen Versammlung, der Methoden des Umsturzes sowie der Atmosphäre des jüdischen Friedhofs in Prag bediente sich Goedsche diverser literarischer Vorlagen, darunter vermutlich Zygmunt Krasińskis „Ungöttlicher Komödie“ (1835, dt. 1841), Maurice Jolys „Gespräch in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu“ (1864, dt. 1865) und Wilhelm Raabes Novelle „Hollunderblüthe“ (1863). Bereits in den 1930er Jahren hatten Antisemiten auf Übereinstimmungen mit dem Prolog des Romans „Joseph Balsamo“ (1846) von Alexandre Dumas père hingewiesen und gefolgert, dass Goedsche, Dumas und Joly das „jüdische Geheimprogramm“ gekannt hätten. Eine literarische Nachahmung fand Goedsches Beschreibung eines jüdischen Komplotts 1872 in Eduard Rüffers Roman „Spiknutí židů v Praze“ [Die Verschwörung der Juden in Prag].

Seit 1872 wurde das Friedhofskapitel aus Goedsches Roman in Russland wiederholt separat veröffentlicht und judenfeindlich kommentiert (Fjodor Dostojewski soll

es zu einer Konspirationsszene in den „Dämonen“ inspiriert haben). 1881 erschien der Text in der französischen rechtskatholischen Zeitschrift „Le Contemporain“ in einer Serie antijüdischer Schriften (darunter langen Auszügen aus Jakov Brafmans „Buch vom Kahal“/→ „Kniga kagala“) zur Erklärung und Rechtfertigung der Judenpogrome in Russland. Nun aber wurde die Fiktion von ihrem Kommentator, dem Sozialutopisten Kalixt de Wolski, als Tatsachenbericht ausgegeben. Die schauerromanhafte Rahmenhandlung war getilgt, und die Berichte der Stammesvertreter waren zu einer einzigen „Rede eines Großrabbiners“ (discours d'un grand rabbin) in einer geheimen Versammlung zusammengezogen worden, als deren Quelle das englische Werk eines „Sir John Readclif“ genannt wurde. Als angeblich authentisches Dokument einer jüdischen Weltverschwörung fand die „Rede“ durch zahlreiche Übersetzungen und Bearbeitungen weite Verbreitung. 1887 zitierte de Wolski sie nochmals in seinem Buch „La Russie juive“, 1892 nahm Theodor Fritsch die „Groß-Rabbiner-Rede vom Juden-Kirchhof in Prag“ in die 16. Auflage seines „Antisemiten-Katechismus“ auf, und 1899 veröffentlichte François Bournand sie in seiner Anthologie antisemitischer Texte „Les Juifs et nos contemporains“. Als 1901 eine tschechische Version der „Rede eines Rabbiners über die Gojim“ von den Behörden in Prag beschlagnahmt wurde, verlas der Abgeordnete Václav Březnovský den gesamten Text im Rahmen einer Interpellation im Wiener Reichsrat, worauf er im stenographischen Sitzungsprotokoll erschien und danach in antisemitischen Blättern veröffentlicht werden konnte.

Mit jeder weiteren Ausgabe der „Rede“ änderte sich ihr Kontext. Mal wurde sie einem Rabbiner „Reichhorn“, „Eichborn“ oder „Rzeichhorn“ zugeschrieben, mal galt der „Rabbi John Readclif“ oder „Redcleaf“ als ihr Verfasser; auch Ort und Zeitpunkt des geheimen Treffens variierten. Bisweilen wurde behauptet, „Sir John Readcliff“ und sein Begleiter Lassalle hätten die Enthüllung des jüdischen Komplotts mit ihrem Leben bezahlt.

Um die Jahrhundertwende diente die „Rede“ den Verfassern der → „Protokolle der Weisen von Zion“ als Textvorlage. In der Folge wurden beide Fiktionen oftmals zusammen veröffentlicht oder zitiert; so z.B. in Louis-Ferdinand Célines Pamphlet „Bagatelles pour un massacre“ (1937). Auch das gesamte Friedhofskapitel aus Goedsches Roman wurde immer wieder unter wechselnden Titeln separat herausgegeben („Das Geheimnis der jüdischen Weltherrschaft“, „Was ist jüdischer Geist?“, „Dr. Faust's Abenteuer auf dem Judenkirchhof in Prag und hernach“). Von den Herausgebern wurde der literarische Ursprung des Textes nicht bestritten, doch verteidigten sie ihn als ein „Meisterstück der damals möglichen Durchleuchtung des Judentums“ und als „prophetische Warnung an die nichtjüdischen Völker“ (Johann v. Leers). Die letzte Ausgabe erschien 1942/43 auf Deutsch und Tschechisch im besetzten Prag.

Die Friedhofsszene aus Goedsches Roman war titelgebend für Umberto Ecos Bestseller „Il cimitero di Praga“ (Der Friedhof in Prag, 2010), der – in einer verwirrenden Mischung aus Fakten und Fiktion – die Geschichte der Verschwörungstheorien im 19. Jahrhundert nachzeichnet.

*Michael Hagemeister*

## Literatur

Volker Neuhaus, Der zeitgeschichtliche Sensationsroman in Deutschland 1855–1878. „Sir John Retcliffe“ und seine Schule, Berlin 1980.

## Auf gut deutsch (1919–1921)

Von Dietrich Eckart (1868–1923) 1918 gegründete völkisch-antisemitische Zeitschrift mit dem Untertitel „Wochenschrift für Ordnung und Recht“, die von Januar 1919 bis 17. Mai 1921 in Eckarts → Hoheneichen-Verlag erschien.

Die Zeitschrift erschien offiziell wöchentlich, tatsächlich wurden oft mehrere Hefte zusammengefasst, fielen aus oder wurden nachträglich geliefert. Das Erscheinen als Zeitung (mindestens zwei Mal pro Woche) war im Sommer 1920 angekündigt, konnte wegen chronischer Finanzprobleme jedoch nicht realisiert werden. Haupt- und in vielen Ausgaben Alleinautor war Dietrich Eckart, der das Organ neben tagesaktuellen antisemitischen Glossen zur Politik als Forum und Bühne für eigene Lyrik, sein Drama „Lorenzaccio“ und essayistische Traktate wie → „Das ist der Jude!“ nutzte. Mehrere Nummern der Zeitschrift erschienen auch als Sonderausgaben, etwa „Im neuen Deutschland!“, das auf 32 Seiten Umfang jüdische Politiker in Zeichnungen von Otto von Kursell mit Versen von Dietrich Eckart karikierte, oder „Aus Ungarns Schreckenstagen!“, in dem „jüdische Verbrechertypen“ wie Bela Kun verunglimpft wurden. Ein Doppelheft (16 Seiten) widmete sich 1920 mit Zeichnungen (Kursell) und Versen (Eckart) dem Thema „Österreich unter Juda's Stern“. Darin wurde z. B. der Präsident der Nationalversammlung folgendermaßen gewürdigt: „Katholisch nennt er oft sich mit Emphase, als heulte nicht dagegen auf die Nase“. Ähnlich drastisch waren die Aufsätze, die völkisch-antisemitische und chauvinistische Ideologie propagierten. Autoren neben dem Verleger, Herausgeber und Redakteur Dietrich Eckart waren Alfred Rosenberg und Karl Graf von Bothmer, mit dem Eckart sich aber überwarf und in der letzten Ausgabe seiner obskuren Wochenschrift abrechnete. „Auf gut deutsch“ war weniger Periodikum als eine Sammlung von Pamphleten Dietrich Eckarts, eine Erscheinung der völkisch-antisemitischen Münchner Szene mit esoterischer Beimengung.

*Wolfgang Benz*

### Literatur

Claus-Ekkehard Bärsch, Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiösen Dimensionen der NS-Ideologie in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler, München 2002.

## Das Aufgebot (Schweiz, 1933–1957)

Die Zeitung „Das Aufgebot“ wurde 1933 von Jacob Lorenz (1883–1946) gegründet. Sie erschien vom 31. Mai 1933 bis zum 26. Dezember 1957 als Wochenblatt, bis Ende 1937 mit dem Untertitel „Schweizerische Wochenzeitung für Jedermann“. Lorenz war bis zu seinem Tod Redakteur, Autor der meisten Artikel und seit Juli 1934 Herausgeber. Das Ziel einer Zeitung „für Jedermann“ wurde indes nicht erreicht. Die während der ersten zwei Monate breit gestreute Startauflage bezifferte das Blatt auf 90.000–130.000 Exemplare, danach betrug die Auflage ca. 12.000 Exemplare. Nach dem Tod von Lorenz sank sie kontinuierlich und lag zuletzt bei 3.000–4.000 Exemplaren. Die Abonnentenzahl schwankte gemäß den einzigen überlieferten Daten von 1933/34 zwi-

schen 8.400 und 6.800. Aus der Zeitschrift ging noch 1933 die gleichnamige Bewegung „Das Aufgebot“ (Katholisches Aufgebot) hervor.

Lorenz verstand die Gründung der Zeitschrift vier Monate nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten in Deutschland als Antwort auf die „Frontenbewegung“, welche die Erneuerung der Schweiz nach deutschem und italienischem Vorbild anstrebte. Zwar befürwortete auch er die Erneuerung der Schweiz, lehnte aber ausländische Vorbilder ab, orientierte sich vielmehr an den politischen, gesellschaftlichen und kulturell-christlichen Traditionen der Schweiz sowie an der katholischen Soziallehre und dem Korporatismus, den er als „dritten Weg“ zu Liberalismus und Sozialismus propagierte. Bereits 1934 forderte Lorenz die Totalrevision der Bundesverfassung auf korporatistisch-autoritärer Grundlage; die Initiative scheiterte 1935 in der Volksabstimmung klar. 1935 bekämpfte er die unter anderem von den Gewerkschaften eingereichte Kriseninitiative, die eine aktive Konjunkturpolitik verlangte, erfolgreich. Von Beginn an wandte sich „Das Aufgebot“ gegen die „Überfremdung der Schweiz“, 1938 lancierte die Bewegung das Programm „Die Schweiz den Schweizern!“ Einen wesentlichen Teil der „Ausländerfrage“ bildeten für Lorenz die Juden. Dabei verband er den christlichen Antijudaismus mit dem modernen, nationalistischen, sozialkonservativen Antisemitismus, während seine Haltung gegenüber dem Rassismus ambivalent war. Seine Auffassung verbreitete er seit 1933 in Vorlesungen und Artikeln über die „Judenfrage“. Er sprach den Juden eine wesensmäßige Verbundtheit mit dem Kapitalismus zu, die er statistisch zu belegen suchte. Da er ihnen zugleich die Assimilationsfähigkeit weitgehend absprach, bekämpfte er ihre Einwanderung wie ihre Einbürgerung, verlangte eine Revision der Einbürgerungsvorschriften, eine Sondersteuer, Sonderbestimmungen für Heirat und die Einschränkung der freien Berufswahl für Juden; ebenso forderte er den Numerus clausus für jüdische Studierende, da die Universitäten sonst „ihr schweizerisches Gepräge zu verlieren drohen“. Daher zeigte er Verständnis für den im Volk herrschenden „Judenhass“, erachtete ihn im Sinne einer „prophylaktischen“ Abwehr als notwendig, nicht zuletzt zum Schutz der Juden selbst. Mit ihren antisemitischen Auffassungen und Vorschlägen, die sie noch 1943 vertraten, überschritten Lorenz und „Das Aufgebot“ die „Grenzen des in der Schweiz verbreiteten, kulturell und wirtschaftlich begründeten und nicht biologistisch-rassistisch argumentierenden Antisemitismus“ (Altermatt).

Nach dem Tod von Lorenz führten Freunde „Das Aufgebot“ nach den bisherigen Grundsätzen weiter. Dies beinhaltete erneut antisemitische Artikel wie auch antikomunistische, antimodernistische und kulturpessimistische Positionen, nun vor dem Hintergrund der Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Nachkriegskonjunktur und den sich rasch wandelnden politischen und soziokulturellen Praktiken. Untersuchungen für die Jahre 1946 bis 1957 stehen jedoch noch aus. Aufgrund von ausbleibendem Einfluss, fehlendem Nachwuchs und unzureichenden Finanzen stellten die Verantwortlichen „Das Aufgebot“ Ende 1957 ein.

*Markus Bürgi*

## Literatur

Urs Altermatt, *Katholizismus und Antisemitismus. Mentalitäten, Kontinuitäten, Ambivalenzen. Zur Kulturgeschichte der Schweiz, 1918–1945*, Frauenfeld 1999.

Nicolas Haymoz, Die alte „Neue Mitte“. Eine doppelte Abwehrfront gegen Sozialismus und Liberalismus. Die Wochenzeitung „Das Aufgebot“ und die gleichnamige Bewegung unter der Federführung von Jacob Lorenz (1933–1946), Lizentiatsarbeit Universität Freiburg 1999.

Nicolas Haymoz, „Das Aufgebot“ von Jacob Lorenz, in: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte 94 (2000), S. 117–136.

Peter Lussy, Erneuerung im Zeichen des Kreuzes. Jakob Lorenz' „Aufgebot“ im Kampf gegen die Moderne, Lizentiatsarbeit Universität Basel 1998.

Markus Zürcher, Jacob Lorenz. Vom Sozialisten zum Korporationentheoretiker, in: Aram Mattioli (Hrsg.), Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918–1939, Zürich 1995, S. 219–238.

## **Augenspiegel (Johannes Reuchlin, 1511)**

Der 1504 vom Judentum zum Christentum konvertierte Johannes Pfefferkorn hatte in mehreren Schriften seine ehemaligen Glaubensgenossen wegen Wuchergeist und Christenhass hart attackiert und gefordert, in den jüdischen Gemeinden den Talmud und andere jüdische Schriften (die hebräische Bibel ausgenommen) zu konfiszieren und sie zu verbrennen. Von Kaiser Maximilian I. erreichte er 1509 ein Mandat, mit Unterstützung der weltlichen und geistlichen Instanzen alle gegen den christlichen Glauben gerichteten Bücher einzuziehen. Auf den Protest des Mainzer Erzbischofs Uriel von Gemmingen und der jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main hin hielt der Kaiser das Verfahren an, verfügte 1510 die Rückgabe der Bücher und forderte Gutachten der Universitäten Köln, Mainz, Erfurt und Heidelberg sowie einiger Sachverständiger, darunter Johannes Reuchlin. Dieser lieferte sein Gutachten am 6. Oktober 1510 ab. Für die Pariser Sorbonne wurde in Köln eine lateinische Übersetzung angefertigt, für die Verhandlungen in Rom eine weitere von dem dort lebenden Bremer Juristen Martin Gröning. Ihm schickte Reuchlin noch eine eigene lateinische Übersetzung zu.

Auf Reuchlins Argumentation und die darin enthaltenen Angriffe gegen Pfefferkorn antwortete dieser im Frühjahr 1511 mit einer Schrift „Handspiegel“, auf die Reuchlin im Herbst desselben Jahres mit einer Gegenschrift „Augenspiegel“ reagierte. Hierin druckte er die kaiserlichen Mandate sowie die Aufforderung des Mainzer Erzbischofs an ihn ab, ein Gutachten über die jüdischen Schriften zu verfassen. Ferner publizierte Reuchlin hierin sein Gutachten in deutscher und lateinischer Sprache sowie eine Widerlegung der, nach Reuchlins Zählung, 34 Lügen des Pfefferkorn in dessen „Handspiegel“.

Sowohl im Gutachten wie in der Erwiderung verteidigte er die hebräischen Schriften, vor allem den Talmud. Dieser enthalte in der Fassung, die in den nachchristlichen Jahrhunderten als Kompilation entstanden sei, Angriffe auf Jesus, die aber von den Juden schon zu dessen Lebzeiten erhoben worden seien. Deshalb beinhalte er – wie auch das Alte Testament – Gutes und Böses. Dennoch sei beides zu dulden, da sich auch Jesus gegenüber Ungläubigen großzügig gezeigt habe. Den Juden den Talmud wegzunehmen, bringe den Christen in Deutschland nichts, da weitere Exemplare in Italien und in der Türkei existierten. Es empfehle sich, die Juden aufgrund ihrer Bücher mit Sanftmut, nicht aber mit Gewalt zum christlichen Glauben zu bewegen. Denn wen Gott wolle, dessen erbarme er sich.

Reuchlin räumte ein, dass kaum einer den Talmud vollständig verstehe, da die einzelnen Teile in unterschiedlichen Sprachen abgefasst seien. Er selbst bezog sich in seiner Argumentation sehr stark auf die Feststellungen des Konvertiten Paulus von Burgos zum Talmud. Von der Duldung jüdischer Bücher nahm Reuchlin die beiden „Schmähschriften“ „Nizahon“ und „Tolduth Jeschu“ aus. Generell gelte, dass den Juden als Mitbürgern des Römischen Reiches kein Eigentum weggenommen werden dürfe. Was die beiden letzteren Schriften betreffe, so gelte auch hier nach dem Römischen Recht zu verfahren, sie, wie andere Schmähschriften, durch ein Gericht einziehen zu lassen und dann zu verbrennen.

Reuchlins aufgeschlossene Haltung gegenüber den Juden und ihren Schriften, die hier deutlich wird, beinhaltet jedoch keine generelle Toleranz, wie schon die Taufaufrufung zeigt. In der zeitgenössischen Auseinandersetzung um den jüdischen Wucher bezeichnet er diesen als Sünde, die er nicht verteidigen werde. Doch zeigt er Verständnis für die Juden in der christlichen Umwelt. Es sei ihnen nicht vorzuwerfen, dass sie sich gegen den Vorwurf der Christen, sie seien treulos („weil wir sie alle Jahr in unseren Kirchen am Karfreitag öffentlich schelten: perfideios iudeos“) mit der Feststellung verteidigten, sie hätten ihren Glauben nie gebrochen. Auch treffe es nicht zu, dass sie Ketzer seien, da sie nie vom christlichen Glauben abgefallen seien. Für das bürgerliche Leben konstatiert Reuchlin einen ungezwungenen Umgang, wobei er davon ausgeht, dass Juden auch Äcker, Wiesen und Weingärten besitzen.

Seine Haltung gegenüber jüdischen Konvertiten ist nicht eindeutig. Während er Paulus von Burgos schätzt, verunglimpft er seinen Kontrahenten Pfefferkorn, wenn er bei der Widerlegung von dessen 34 Lügen immer wieder von „diesem getauften Juden“ spricht und im Zusammenhang mit dessen Lügen ihm vorwirft, dass er, da der Teufel der Vater aller Lügen sei, „von teuflischer Natur empfangen und geboren wäre und teuflische Milch gesogen habe“.

Schon Leopold Ranke hat das Gutachten als „ein Denkmal reiner Gesinnung und überlegener Einsicht“ bezeichnet. Verglichen mit dem zeitgenössischen Schrifttum, vor allem dem der bald folgenden Reformationszeit, vertrat Reuchlin den Juden gegenüber eine recht positive Haltung, auch wenn er ihre Taufe forderte, hier aber von allem Zwang abriet, was den Juden die Beibehaltung ihres Glaubens garantierte. Seine Interpretation ihres Status im bürgerlichen Leben garantierte den Juden einen, wenn auch engen Schutzraum.

*Arno Herzig*

## Literatur

Danilea Hacke, Bernd Roeck (Hrsg.), Die Welt im Augenspiegel. Johannes Reuchlin und seine Zeit, Stuttgart 2002.

## Aujourd'hui (Frankreich, 1940–1944)

Die Tageszeitung „Aujourd'hui“ stand anfangs für den Versuch, in Frankreich unter deutscher Besatzung eine unabhängige Presse zu gründen. Das Experiment ging im September 1940 von Henri Jeanson, ehemaliger Journalist von „Le Canard enchaîné“, aus, wobei von der deutschen Pressezensur nicht viel Aufhebungs gemacht werden

sollte. Die Balance zwischen intellektueller Unabhängigkeit und tatsächlicher Kompromittierung erwies sich allerdings als schwierig. Möglich wurde die Anpassung an die neue Situation durch einen absoluten Pazifismus (so bei Félicien Challaye, Jean Anouilh, Marcel Aymé). Die Zeitung strebte die definitive Überwindung langjähriger Schwächen Frankreichs mithilfe der neuen Gegebenheiten an: Die Niederlage werde „dazu gut sein, dass sie Frankreich von den Trusts, den Bankiers und den Radikalsozialisten befreit hat“; „es reicht nicht aus, die Männer (Politiker, Beamte, Freimaurer oder israelitische Plutokraten) zu liquidieren; es müssen ihr Todeswerk für die arbeitende Nation, ihre ausgefeilten Systeme von ziviler Unehrenhaftigkeit und Unaufrichtigkeit zerstört werden. Der im Dienst der Finanz und der Banken stehende Staat, die verkaufte Presse und ein Beamtentum, das auf Vetternwirtschaft und nicht Kompetenz baut, alles das muss beseitigt werden“ (Jeanson, 3. September 1940). Es ging auch darum, gegen die Unzulänglichkeiten der Zeit zu kämpfen, zu denen Geld und eine Bourgeoisie gezählt wurden, die nach immer mehr strebe und dabei den Rest der Bevölkerung erstickte. Die Zeitung drückte insofern ein klares Misstrauen gegenüber der Demokratie aus: Der Tendenz des Augenblicks entsprechend entschied sich „Aujourd'hui“ für eine Schuldzuweisung an die Führung der besiegten und vergangenen Dritten Republik, die für den Krieg verantwortlich gemacht wurde. Meist wurden internierte Juden genannt: Marx Dormoy, Jules Moch, Salomon Grumbach. Jeanson weigerte sich hingegen angesichts der ersten französischen antisemitischen Maßnahmen im Oktober 1940, an der antijüdischen Kampagne teilzunehmen.

Gerade durch die Wahrnehmung eines Minimums an Freiheit in den Angriffen gegen den Konservatismus Pétains zog „Aujourd'hui“ freilich rasch den Zorn Vichys und bestimmter Kollaborateure auf sich. Weil es sich zu viel Freiheit in seinen Stellungnahmen genommen hatte, wurde dieser ersten Variante von „Aujourd'hui“ schließlich von deutscher Seite im November 1940 ein Ende gesetzt, obwohl die Zeitung mittlerweile in einer Auflagenstärke von 110.000 Exemplaren erschien und ihren Leserkreis gefunden hatte.

Nachfolger von Jeanson wurde am 3. Dezember 1940 Georges Suarez, ein rechts bzw. rechtsextrem orientierter Journalist. Er war Mitbegründer von „Gringoire“, ehemaliges Mitglied der Parti Populaire Français von Doriot und gehörte wenig später der Kollaborationspartei Rassemblement National Populaire von Déat an. Regelmäßig in den deutsch-französischen Kreisen der 1930er Jahre verkehrend war er bei der halbamtlichen Zeitung „Le Temps“ tätig gewesen und hatte außerdem Biographien von Briand, Poincaré und Clemenceau veröffentlicht; er hatte jüdische Freundschaften gepflegt (Joseph Kessel). Als Gegner des vergangenen republikanischen Systems (*L'agonie de la paix*, 1942) engagierte er sich nun ganz für Marschall Pétain (dessen Biographie er gerade veröffentlichte) und die Kollaboration, gegen den Gaullismus, gegen die Verbundenheit mit England und den Attentismus. Sein erster Leitartikel nach der Übernahme von „Aujourd'hui“ trug einen programmatischen Titel: „Pétain oder die Demokratie? Man muss sich entscheiden“.

Die zweite Variante von „Aujourd'hui“ unter Suarez wurde sogleich von den Deutschen instrumentalisiert. Mit einer Auflage, die auf circa 60.000 Exemplare zurückging, wurde es in den „Hibbelen-Trust“ übernommen, eine im deutschen Eigentum stehende Pressegruppe. Die wichtigsten literarischen Mitarbeiter zogen sich zurück.

Die Zeitung rückte nun die „neue europäische Elite“ unter deutscher Vorherrschaft in den Vordergrund und propagierte die europäische Zivilisation, die von den Deutschen gerettet würde. „Aujourd'hui“ stand von nun an für das extreme Engagement von Suarez. Dieser holte rechtsextreme Persönlichkeiten in die Redaktion (v. a. Jean-Pierre Maxence, vor dem Krieg Mitglied der rechtsextremen Liga Solidarité Française von Jean Renaud und François Coty). Zusammen mit dem Schriftsteller Céline beteiligte er sich an Überlegungen, die in der Wochenschrift „Au Pilon“ vom 11. Dezember 1941 veröffentlicht wurden und führende Köpfe der öffentlichen Meinung und der Kollaborationspolitik versammelten, um eine gemeinsame Formulierung für antisemitische Politik zu präsentieren. In diesem Sinn gehörte „Aujourd'hui“ zu den Kollaborationszeitungen, die sich gegen den französischen Klerus entrüsteten, als im Sommer 1942 einige Prälaten die Razzien gegen ausländische Juden im Namen der Menschenrechte verurteilten. Diese Zeitungen konzentrierten sich sodann darauf, an die christlichen Wurzeln des Antisemitismus zu erinnern.

Anfang März 1943 nahm Suarez an einer Versammlung von Jacques Doriot teil, kurz vor dem Abmarsch des Parti Populaire Français (PPF)-Chef an die Ostfront, die unter dem Zeichen der Kollaboration gegen die „bolschewistische Barbarei“ bzw. den „jüdischen Bolschewismus“ stand. Im Mai darauf feierte Suarez das 20-jährige Bestehen der Tageszeitung „Au Pilon“ zusammen mit deutschen Vertretern in Paris und Extremisten der Kollaboration. Unter den Journalisten dieses zweiten „Aujourd'hui“ ragte Paul Chack hervor: Als gleichzeitiger Leiter des mit französischen und deutschen Geldern finanzierten antibolschewistischen Aktionskomitees führte er einen antibolschewistischen und antijüdischen Kampf, bei dem er den deutschen und französischen Behörden Informationsdienste leistete, um Feinde jeglicher Art aufzudecken. Seine Beiträge in der Zeitung standen in einer Linie mit seinem Einsatz im Rahmen des Aktionskomitees (z. B. Mitkonzeption einer Ausstellung über den „Bolschewismus gegen Europa“) bzw. andernorts (Ausstellung „Der Jude und Frankreich“ als Mitglied des Institut d'études des questions juives).

So wie wenige Monate später Robert Brasillach wurden Georges Suarez und Paul Chack nach der Befreiung Frankreichs wegen Kollaboration und Verschwörung mit dem Feinde und nicht wegen Antisemitismus verurteilt und hingerichtet. Der Gerichtsprozess gegen Suarez am 23. Oktober 1944 verlief geradlinig: Schriften, die ihm zur Last gelegt wurden, deutsche Geldmittel – nichts sprach für ihn. Er wurde am 9. November 1944 als erster Journalist und Kollaborateur, standrechtlich erschossen. Viele folgten ihm nicht. Chack wurde am 18. Dezember 1944 vor Gericht gestellt und am 9. Januar 1945 erschossen.

*Dominique Trimbur*

## Literatur

Pierre Assouline, *L'Épuration des intellectuels*, Bruxelles 1996.

Pierre-Marie Dioudonnat, *L'Argent nazi à la conquête de la presse française: 1940–1944*, Paris 1981.

Laurent Martin, *Collaboration „chaude“ ou collaboration „froide“? Le cas d'Henri Jeanson (1938–1947)*, in: *Vingtième Siècle–Revue d'Histoire* 86 (2005), S. 91–106.

Pascal Ory, *Les collaborateurs, 1940–1945*, Paris 1980.



Pierre-André Taguieff (Hrsg.), *L'antisémitisme de plume, 1940–1944. Études et documents*, Paris 1999.

Jeannine Verdès-Leroux, *Refus et violences: politique et littérature à l'extrême droite, des années trente aux retombées de la Libération*, Paris 1996.

## Die Aula (Österreich, seit 1952)

„Die Aula“ ist ein rechtsextremes Monatsmagazin und repräsentiert laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) das deutschnationalistische bis rechtsextreme Milieu in Österreich. Das Magazin wurde im Jahr 1951 unter dem Titel „Der freiheitliche Akademiker – Mitteilungsblatt des Akademikerverbandes Österreichs, Landesgruppe Steiermark und Kärnten“ gegründet und im Laufe seines Bestehens mehrmals umbenannt: So hieß es beispielsweise ab 1952 „Die Aula – Monatschrift österreichischer Akademikerverbände“ und erscheint seit 1991 unter dem Namen „Die Aula – Das freiheitliche Magazin“. Herausgeber und Verleger des Magazins ist die Aula-Verlag Ges.m.b.H. in Graz, die sich im Besitz der Freiheitlichen Akademikerverbände Österreichs befindet.

In den ersten drei Jahrzehnten hatte die „Aula“ im Wesentlichen den Charakter eines internen Mitteilungsblattes; Anfang der 1980er Jahre wurde sie in ein an eine breitere Öffentlichkeit gerichtetes politisches Magazin umgewandelt. Die Aula begann relativ schnell im rechtsextremen Spektrum Österreichs eine tragende Rolle zu spielen.

Auf der inhaltlichen Ebene waren die in dem Magazin vertretenen politischen Positionen relativ breit gestreut. Die Herausgeber bemühten sich stets darum, auch Beiträge von gemäßigten Autoren (Rechtskonservativen und Vertretern aus dem Lager des sich als demokratisch verstehenden Deutschnationalismus, aber, wenn möglich, auch von Urhebern aus der Sozialdemokratischen Partei Österreichs bzw. der Österreichischen Volkspartei) abzdrukken, um so dem harten Kern des Rechtsextremismus, unter dem Deckmantel der Meinungsvielfalt, eine Bühne bieten zu können. Neben den gemäßigten Artikeln erschien eine Vielzahl deutschnationaler, rassistischer, minderheitenfeindlicher und antisemitischer Beiträge.

Der Freiheitliche Andreas Mölzer, seit 2004 EU-Parlamentarier, wusste im Jahr 1991 in der „Aula“ zu berichten, dass die Geschichte mehrmals gezeigt habe, „dass entortete und entwurzelte Völker, wie etwa die Juden in der Diaspora [...], es diesbezüglich verstanden, aus der Not eine Tugend zu machen. Der Handel und das Geschäft des Geldwechslers [...] prägten den Charakter dieser Völker so hundertprozentig, dass ihnen Handwerk, Ackerbau oder Industriearbeit geradezu widernatürlich erscheinen mussten. Dafür waren nur mehr die Wirtsvölker zuständig.“

Rigolf Henning, Rechtsextremist und Politiker der NPD, setzte sich im Jahr 2000 in einem „Aula“-Artikel mit der Frage „Kommt ein 3. Weltkrieg?“ auseinander und meinte dazu: „Keiner will ihn, kaum einer sieht die Zeichen, doch diese sind nicht mehr zu verdrängen. Es sind die gleichen Kreise, welche die beiden Weltkriege ausgelöst haben [...]: Diejenigen, die am Krieg verdienen, die keine Macht neben sich dulden und die gnadenlos jeden überfallen, der sich ihrer ‚Weltordnung‘ widersetzt. [...] Wenn je die Drahtzieher an der Ostküste die Weltherrschaft wirklich übernehmen wollen, dann müssen sie dies jetzt tun oder nie.“

2011 erschien in der „Aula“ unter dem Titel „Lügt Klüger?“ ein Artikel, der sich mit dem alljährlichen Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus am 5. Mai (Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen) beschäftigt. In dem Beitrag wurden die Überlebenden des KZ Mauthausen als „kriminelle Elemente“ und „Landplage“ bezeichnet, die Erinnerungen der Schriftstellerin und Holocaust-Überlebenden Ruth Klüger, die anlässlich des Gedenktages eine Festrede im österreichischen Parlament gehalten hatte, als „Phantasie“ abgetan und behauptet, dass Anne Frank „nicht ermordet, sondern wie ihre Schwester im Konzentrationslager Bergen-Belsen von einer Thyphus-Epidemie dahingerafft wurde“.

Von besonderer Bedeutung ist, dass die „Aula“ als Bindeglied zwischen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und den außerparlamentarischen Strömungen des Rechtsextremismus und Deutschnationalismus fungiert. Zwischen dem „Aula“-Verlag und den deutschnationalen Burschenschaften Österreichs besteht ein enger organisatorischer Zusammenhang. Sowohl die FPÖ als auch zahlreiche rechtsextreme und neonazistische Gruppierungen rekrutieren einen bedeutenden Teil ihres intellektuellen Nachwuchses aus dem Milieu der Burschenschaften. So bekleideten zahlreiche „Aula“-Autoren Funktionen in der FPÖ, und das Magazin berichtete auch immer wieder schwerpunktmäßig über die Freiheitliche Partei.

Im Jahr 1986 wurde der Rechtspopulist Jörg Haider Obmann der FPÖ. Dies wurde von der „Aula“ wohlwollend aufgenommen und bewirkte eine Annäherung an die Freiheitlichen. 1995 sah sich Haider gezwungen, auf Distanz zur „Aula“ zu gehen. Ausschlaggebend war der mediale Druck, als die Polizei nach einem Rohrbomben-Mordanschlag auf vier Roma im Burgenland im Umfeld des Magazins ermittelte.

Als der Geschäftsführer der „Aula“ Herwig Nachtmann im August desselben Jahres wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz verurteilt wurde, verließen zahlreiche Autoren aus den Reihen der FPÖ (u. a. Andreas Mölzer und Jürgen Hatzenbichler) die Zeitschrift. Die Verurteilung bezog sich auf einen 1994 in der „Aula“ publizierten Artikel, in dem der revisionistische „Lüftl Report“ als „Meilenstein auf dem Weg zur Wahrheit“ bezeichnet wurde. Darin bestritt der Autor Walter Lüftl die technische Möglichkeit des Massenmords im Vernichtungslager Auschwitz. Aufgrund der Verurteilung wurden der „Aula“ die Pressesubventionen gestrichen. Das in Isolierung geratene Magazin entzog rechtskonservativen Positionen sukzessive die Bühne und fokussierte unter dem Einfluss des deutschen Rechtsextremisten Jürgen Schwab immer stärker auf die rechtsextreme Szene mit dem Schwerpunkt BRD. Rechtsextreme Parteien erhielten in dem Magazin zunehmend die Möglichkeit, sich und ihre politischen Inhalte darzustellen. So wurde beispielsweise dem Bundesvorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei (NPD) Udo Voigt im Jahr 1998 gestattet, seine Vorstellungen vom „Deutschen Sozialismus“ zu skizzieren. Trotz der zunehmenden Radikalisierung ließen es sich zahlreiche FPÖ-Funktionäre – unter ihnen auch Wolfgang Jung, Johannes Gudenus, Walter Rosenkranz und Susanne Winter – nicht nehmen, auch weiterhin in der „Aula“ zu publizieren.

Das Verhältnis zwischen der FPÖ und der „Aula“ wurde wieder enger, als Heinz-Christian Strache 2005 zum Obmann der Freiheitlichen Partei gewählt wurde. Bereits 2003 hatte das Mitglied der Wiener pennalen Burschenschaft „Vandalia“ der „Aula“ in einem Interview versichert, dass das „dritte Lager“ in seiner Person einen „Verbün-

deten“ habe und dass die „Aula“ in ihm „immer einen verlässlichen Ansprechpartner finden“ werde. Es verwundert daher nicht, dass Strache sich unter den zahlreichen Gratulanten befand, die die Zeitschrift im Jahr 2011 zu ihrem 60-jährigen Bestehen beglückwünschten. In der Jubiläumsausgabe der „Aula“ attestierte er dem rechtsextremen Magazin, ein „im besten journalistischen Sinne unbequemes Medium“ zu sein, das sich „nie dem Zeitgeist, woher auch immer er wehen konnte, untergeordnet hat“.

*Philipp Rohrbach*

## Literatur

- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Die Aula (Online-Version)  
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Webpage-Rubriken: „Neues von rechts“ und „Neues von ganz rechts“ (Online-Version)  
Reinhold Gärtner, Die ordentlichen Rechten. Die „Aula“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus, Wien 1996.  
Reinhold Gärtner, Die Aula, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, S. 278–296.  
Reinhold Gärtner, Die „Aula“ und die Wissenschaft, in: Wolfgang Purtscheller (Hrsg.), Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich, Wien 1994, S. 150–173.  
Heribert Schiedl, Wolfgang Neugebauer, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus, in: Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hrsg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung, Wien 2002, S. 11–31.  
Christine Schindler, NS-Apologiek in der Zeitschrift Die Aula: Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus (Online-Version)

## Die Auschwitz-Lüge (Thies Christophersen, 1973)

Die erstmals 1973 veröffentlichte Broschüre „Die Auschwitz-Lüge“ des ehemaligen SS-Angehörigen Thies Christophersen zählt zu den verbreitetsten und bekanntesten holocaustleugnenden Schriften. Der Titel des als Augenzeugenbericht deklarierten Druckwerks steht als Synonym für das Phänomen der Holocaustleugnung insgesamt.

Der Landwirt Christophersen (1918–1997) nimmt in seinem Erlebnisbericht, der von allgemeinen historischen Behauptungen eingerahmt ist (so seien beispielsweise lediglich 200.000 Juden während des Zweiten Weltkriegs umgekommen), die Autorität des Zeit- und Augenzeugen in Anspruch. Während des gesamten Jahrs 1944 in der Pflanzenzuchtanstalt Rajsko nahe dem KZ Auschwitz stationiert, oblag ihm als landwirtschaftlichem SS-Sonderführer der Anbau von Kautschuk-Ersatzpflanzen; hierzu bediente sich Christophersen der Arbeitskraft von Häftlingen, die er in Birkenau selektierte. Besonders ab den späten 1960er Jahren betätigte sich das zeitweilige NPD-Mitglied Christophersen als NS-Apologet, bildete in den 1970er Jahren gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Manfred Roeder und dem Publizisten Erwin Schönborn eines der wichtigsten Gravitationszentren des Neonazismus in der Bundesrepublik und war einer der Mentoren des Neonazi-Führers Michael Kühnen.

In „Die Auschwitz-Lüge“ schreibt Christophersen in schlichter Sprache über die Lager in Auschwitz und Birkenau, primär jedoch über die Anlagen in Rajsko. Im

Stammlager sei ihm aufgefallen, dass dort „sehr viele Häftlinge frei herumliefen, ohne bewacht zu werden“, in Rajsko hätten „die Häftlinge ihre Forschungsarbeit mit Eifer und Freude“ verrichtet. Sie seien „elegant“ gekleidet gewesen, „Lippenstift, Puder und Schminke“ seien vorhanden und alles „tipptopp“ gewesen. „Kahlgeschorene Jüdinnen“ habe es längst nicht mehr gegeben – ihr „Anblick sei so schrecklich gewesen, daß selbst die hartgesottensten SS-Führer ihn nicht ertragen konnten“. Unrecht durch SS-Angehörige sei streng geahndet worden; so habe der Diebstahl von Seidenstrümpfen eine SS-Helferin vor ein Kriegsgericht gebracht, ein SS-Posten sei wegen der körperlichen Misshandlung einer Frau auf Christophersens Einschreiten hin zu einem Strafbataillon versetzt worden. Auch sonst seien „Hafterleichterungen immer großzügiger“ geworden, ein Bordell eingerichtet worden, und das SS-Personal habe sich gemeinsam mit den Häftlingen Filmvorführungen angesehen. Hingegen habe das Lager in Birkenau den Eindruck hinterlassen, „sehr verwahrlost und schmutzig“ zu sein. Dennoch seien die dort für die Feldarbeit selektierten Häftlinge „ein lustiger Haufen“ gewesen – polnische Volkslieder seien gesungen worden und Zigeuner hätten dazu ihre Tänze aufgeführt. Ein „sehr schlechter Ernährungszustand“ sei nur bei Neuankömmlingen vorgekommen, die sich jedoch bald wieder „herausgefuttern“ hätten. Gerüchten über Verbrennungen von Leichen sei Christophersen „im ganzen Lager“ nachgegangen, er habe „alle Feuerstellen und alle rauchenden Schlote“ überprüft – ohne jedoch auf etwas Verdächtiges zu stoßen. Während seiner Zeit in Auschwitz habe er „nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt“, und mit Näherücken der Front hätten sehr viele der Polen und Juden „sogar noch für einen Sieg der Deutschen gebetet“.

Christophersens Schrift erschien als „Die Auschwitz-Lüge – Ein Erlebnisbericht“ unter dem Banner der von Roeder geführten „Deutschen Bürger-Initiative“ in Christophersens Kritik-Verlag im unweit Flensburg gelegenen Mohrkirch. Die Erstauflage wurde im Februar 1973 ausgeliefert, zwei weitere Auflagen folgten 1974 und 1975. Es war Roeder, der „Die Auschwitz-Lüge“ angeregt hatte und ihr ein mit christlich-antijudaistischen Motiven aufgeladenes Vorwort hinzufügte. Auch wenn laut Roeder allein bei der Bombardierung Dresdens mehr Deutsche umgekommen seien als Juden während der gesamten NS-Zeit, halle die Welt dennoch „vom Gezeter wegen der toten Juden“ wider. Sowohl die Absicht und Anordnung Hitlers zur Ermordung der Juden als auch die Vergasungsanlagen seien „Erfindungen krankhafter Hirne“. Während „Lügen, die von bestimmten jüdischen Weltherrschaftsquellen verbreitet werden [...] neuen Antisemitismus“ hervorbrächten, sei die Zeit gekommen, „aufzustehen und dem Schicksal in den Rachen zu greifen“, denn man erfülle „Gottes Auftrag“. Im Nachgang wurde Roeders Gruppierung die Gemeinnützigkeit entzogen und Roeder im Februar 1976 wegen Volksverhetzung zu einer mehrmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung sowie einer Geldstrafe verurteilt.

Ungleich höhere Verbreitung als die Ausgabe Roeders erzielten die fünf ausgewiesenen Nachauflagen der „Auschwitz-Lüge“, die bis 1978 in der Schriftenreihe „Kritik – Die Stimme des Volkes“ in Christophersens Kritik-Verlag erschienen. Dabei handelte es sich teils um erweiterte Auflagen, denen Leserzuschriften und sonstige Korrespondenz als Anhang beigegeben wurden. Um rechtliche Probleme zu vermeiden, fand Roeders Vorwort keine Aufnahme; nichtsdestoweniger wurden ihm die Nachauf-

lagen gewidmet. Auch die neu aufgenommenen Vorworte zollten Roeder Tribut – so bezeichnete Wilhelm Stäglich (→ „Der Auschwitz-Mythos“), der selbst einen ähnlichen Bericht wie Christophersen veröffentlicht hatte, Roeders Aussagen als „Wahrheiten“. Christophersens Broschüre erschien in zahlreichen Ländern und Sprachen, so etwa auf Französisch, Spanisch, Ungarisch, Holländisch und Dänisch. Eine erste englische Übersetzung durch den in Kanada ansässigen NS-Propagandisten Ernst Zündel folgte als „Auschwitz – Truth or Lie“ bereits 1974. Als Zündel 1985 und 1988 wegen der Verbreitung holocaustleugnender Schriften in Kanada angeklagt war, trat Christophersen für Zündel vor Gericht auf und bezeugte den Inhalt seiner Broschüre. Deren Gesamtauflage belief sich laut einer Aussage Christophersens aus dem Jahr 1979 auf angeblich 100.000 Exemplare. Im Gegensatz zu Roeder und seinem Vorwort waren Christophersen und sein gut 25 kleinformatige Druckseiten umfassender Text von Strafverfahren oder Verboten zunächst nicht betroffen. Erst im September 1978 wurde „Die Auschwitz-Lüge“ wegen Volksverhetzung gerichtlich eingezogen und 1993 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Bereits im Jahr nach der Erstveröffentlichung publizierte Christophersen in der Broschüre „Der Auschwitz-Betrug – Der Kampf des Rechtsanwaltes Roeder“ Reaktionen auf die „Auschwitz-Lüge“ und druckte entsprechende Schriftwechsel ab. Schließlich malte Christophersen in den 1990er Jahren in selbstproduzierten Videofilmen seinen Text weiter aus, dabei witzelte er u.a. über seine Selektionskriterien – „wegen der Unterhaltung“ habe er stets auch „ein paar Zigeuner“ ausgewählt.

Über seine Motive und die mit der „Auschwitz-Lüge“ verfolgten Ziele äußerte sich Christophersen mehrfach. In seiner Zeitschrift „Die Bauernschaft – Für Recht und Gerechtigkeit“ führte er 1980 aus, mit seiner Broschüre „eigentlich nur den Beweis für das Nichtwissen liefern“ zu wollen. Dass er damit weder die Morde in Auschwitz oder den Holocaust insgesamt, sondern lediglich das zeitgenössische Wissen darum in Abrede stellte, hatte Christophersen bereits drei Jahre zuvor fast wortgleich eingeräumt. Deutlicher wurde er 1990 gegenüber einem Journalisten, von dem Christophersen irrtümlicherweise annahm, er sei ihm wohlgesonnen. Vor laufender Kamera antwortete Christophersen auf die Frage, ob es Vergasungen gegeben habe, dass er darüber „nichts geschrieben“ habe. Er fuhr fort: „Ich will uns entlasten und verteidigen, dann kann ich das nicht mit dem, was wir tatsächlich getan haben. Ich leugne das nicht. Aber jeder Verteidiger, der was zu verteidigen hat, der wird doch nicht das Belastende aufführen.“ Ähnlich entlarvte sich Roeder bereits 1973, als er Christophersens Schrift nicht etwa als wahren und subjektiv aufrichtigen Bericht, sondern als bewusste Leugnung von Tatsachen wider besseres Wissen apostrophierte, indem er Christophersens und sein eigenes Tun mit dem eines Russen, „die Verbrechen von Katyn zu bestreiten“ und mit dem eines Israelis, „die Greuel an arabischen Kriegsgefangenen im 6-Tage-Krieg zu untersuchen und zu rechtfertigen“ verglich.

In Christophersens Versuch, den Nationalsozialismus zu entkriminalisieren, kommen sowohl Aspekte rückwärtsgewandter autobiographischer Selbstrechtfertigung als auch vorwärts gerichtete politisch-propagandistische Absichten zusammen. Die Bedeutung der „Auschwitz-Lüge“ liegt vor allem darin, sich als eine der ersten Schriften in monothematischer Weise der Leugnung der Gaskammernmorde gewidmet und die Holocaustleugnung als strategisch-taktisches Element im Neonazismus verankert zu

haben. Aus diesem Grunde zählt die Broschüre ungeachtet ihres geringen Umfangs und ihres in jeder Hinsicht bescheidenen Erscheinungsbildes zu den Standardtexten innerhalb des holocaustleugnenden Schrifttums. Doch auch in den offiziellen und juristischen Sprachgebrauch hielt der Ausdruck „Auschwitz-Lüge“ Eingang – wenn auch in abgewandelter Bedeutung als Inbegriff und im Sinne des mittlerweile gebräuchlicheren Terminus’ „Holocaustleugnung“.

*Christian Mentel*

## Literatur

Anti-Roeder-Arbeitskreis, NSDAP-Propagandisten unter der Lupe. Dokumentation antisemitischer, antidemokratischer und offener NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe, Hamburg 1978.

Michael Schmidt, Heute gehört uns die Straße. Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene, Düsseldorf u. a. 1993.

## Der Auschwitz-Mythos (Wilhelm Stäglich, 1979)

Das im Frühjahr 1979 erschienene Buch „Der Auschwitz-Mythos“ des pensionierten Finanzrichters Wilhelm Stäglich ist als erste und bislang umfangreichste monographische deutschsprachige Schrift, die den Holocaust auf vorgeblich wissenschaftliche Weise bestreitet, ein zentraler Text für Holocaustleugner.

Entstanden ist Stäglichs Buch, nachdem er als Finanzgerichtsrat in Hamburg im Jahr 1975 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden war, was Folge eines Beitrags in der rechtsextremen Monatsschrift → „Nation Europa“ zwei Jahre zuvor war. Das aktive NPD-Mitglied Stäglich (1916–2006), 1944 als Luftabwehroffizier in der Nähe des KZ Auschwitz stationiert, schrieb in diesem als Augenzeugenbericht apostrophierten Beitrag, dass er während seiner drei bis vier Besuche im Stammlager Auschwitz keinerlei „Vergasungseinrichtungen, Verbrennungsöfen, Marterinstrumente und ähnlich grausige Dinge gesehen“ habe. Angeregt durch die ebenfalls 1973 veröffentlichte, ähnlich gelagerte Broschüre → „Die Auschwitz-Lüge“ von Thies Christophersen (1918–1997), betätigte sich Stäglich von nun an in einschlägiger Weise publizistisch. „Der Auschwitz-Mythos“ steht damit am Ende von Stäglichs Entwicklung hin zu einem der prominentesten Geschichtsrevisionisten; begonnen hat diese spätestens 1965, als Stäglich im Kollegenkreis erstmals die im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965) zutage geförderten Erkenntnisse bezweifelte.

Laut eigenen Angaben will Stäglich in seinem Buch „die vorgelegten Beweise für die angebliche ‚Todesfabrik Auschwitz‘ vorstellen, prüfen und nach objektiven Maßstäben bewerten“; er ist dabei der Auffassung, dass mit Auschwitz „die These von der ‚planmäßigen Judenvernichtung‘ als solche steht und fällt“. Explizit weist er darauf hin, dass für ihn dabei die „Beachtung wissenschaftlicher Grundsätze [...] selbstverständlich“ gewesen sei – gleichwohl spricht er bereits im ersten Unterkapitel, das mit „Der Auschwitz Mythos – Gefahr für die Volkskraft“ betitelt ist, von „überstaatlichen Mächten“, die „kraft ihrer ungeheuren Finanzmacht auch das Nachrichtenwesen weitgehend in der Hand haben“ und „die Menschen und Völker [...] manipulieren“. Mit der „wohl einmalige[n] Lügenpropaganda“, die Auschwitz zu einem „quasi-religiösen Glaubensdogma“ gemacht habe, sei dem deutschen Volk Selbstachtung und nationales

Selbstbewusstsein geraubt worden – während sich „das Weltjudentum“ als Urheber und Nutznießer der „Judenvernichtungslegende“ „gleichsam als Erlöser der Menschheit zu präsentieren versteht“. Dieser „Auschwitz-Mythos“ basiere auf einer Quellenbasis, deren Zuverlässigkeit „von den beamteten Historikern“ nicht einmal ansatzweise überprüft worden sei. Laut Stäglich seien insbesondere Zeugenaussagen und Erlebnisberichte über Vergasungen in Auschwitz-Birkenau „zweifellos unter Einwirkungen und Einflüssen unterschiedlichster Art“, etwa durch Erpressung, Gehirnwäsche oder Folter, aber auch durch Massensuggestion, aus Hass- und Rachegefühlen zustande gekommen. Auch gegen die von den Siegermächten erbeuteten Akten seien „grundsätzliche Bedenken hinsichtlich ihrer Authentizität“ zu erheben, zumal lediglich Teile davon zurückgegeben worden seien und „kein Mensch“ wisse, wo sich diese befänden. Sollten Dokumente hingegen ganz oder teilweise echt sein, seien sie laut Stäglich von Historikern meist falsch interpretiert worden. Folglich seien auch die NS-Prozesse der Nachkriegszeit – primär der von Stäglich eingehend behandelte Frankfurter Auschwitz-Prozess – als Schau- und Hexenprozesse zu werten, sie stellten lediglich „justizförmige Verfahren“ dar, um der „Legende vom Mord an 6 Millionen Juden einen Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen“. Für Stäglich gilt: „Nicht wir, die kriminalisierten Deutschen, haben den Beweis zu führen, daß es keine Gaskammern gab, sondern unsere Ankläger haben deren Existenz nachzuweisen.“ Jedoch gebe es für den Holocaust „bislang keinen einzigen Beleg von Bedeutung“.

Stäglichs knapp 500 Seiten umfassendes Buch erschien im März 1979 unter dem Titel „Der Auschwitz-Mythos – Legende oder Wirklichkeit? Eine kritische Bestandsaufnahme“ als Band 9 der Veröffentlichungen eines imaginären „Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte“. Publiziert wurde es in dem für geschichtsrevisionistische Druckwerke bekannten → Grabert-Verlag in Tübingen; in der dort verlegten Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ fand zudem ein mehrteiliger Vorabdruck statt. Bereits wenige Monate nach Veröffentlichung wurde ein Antrag auf Indizierung gestellt, zeitgleich wurde ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren u. a. wegen Volksverhetzung eingeleitet, das jedoch bald wieder eingestellt wurde. Mitte 1980 fand schließlich eine vom Landgericht Stuttgart angeordnete Beschlagnahmung des Buches und der Druckstöcke statt, im Mai 1982 wurden diese schließlich eingezogen. Nur wenige Wochen zuvor setzte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften den „Auschwitz-Mythos“ auf den Index. Laut Verlagsangaben umfasste die zum Zeitpunkt der Beschlagnahmung bereits größtenteils verkaufte erste Auflage 10.000 Exemplare. Eine zweite, um Vorworte und Texte wie von dem bekannten Holocaustleugner Robert Faurisson erweiterte Auflage erschien 1984 im einschlägigen Verlag Historical Review Press in Brighton (England). Schließlich druckte im Jahr 2010 der Verlag Castle Hill Publishers in Uckfield (England) eine erneut um umfangreiche Anhänge erweiterte dritte Auflage. Eine englische Übersetzung wurde als „The Auschwitz Myth – A Judge Looks at the Evidence“ in zwei Auflagen 1986 und 1990 von der Holocaustleugner-Vereinigung Institute for Historical Review in Kalifornien publiziert, eine französische Ausgabe erschien ebenfalls 1986 bei dem einschlägigen Pariser Verlag La Vieille Taupe.

Die Universität Göttingen, wo Stäglich 1951 seinen Doktor der Jurisprudenz erworben hatte, beschloss im Frühjahr 1983, ihm diesen Titel wegen „Unwürdigkeit“ abzu-

erkennen. Da Stäglich seinen Dokortitel im Vorwort und auf dem Titelblatt genutzt habe, befanden die Dekane, dass Stäglich diesen missbraucht habe, um Meinungsäußerungen Prestige zu verleihen, „die in strafbarer und gefährlicher Weise den Ungeist des Antisemitismus und des Rassenhasses verbreiten“. Vier Jahre später wurde diese Entscheidung – die auf einer von Hitler in Kraft gesetzten Regelung aus dem Jahr 1939 beruht – gerichtlich bestätigt. Stäglich äußerte sich mehrfach zu seinem Buch und insbesondere zu den vernichtenden Beurteilungen durch Fachleute, so etwa in dem Text „„Simple‘ Wahrheit und komplizierte Lügen“, der 1981 in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ erschien, oder auch in dem Band „Geschichtsbetrachtung als Wagnis“ von 1984, der von Wigbert Grabert herausgegeben die „behördlichen und gerichtlichen Maßnahmen“ gegen „Der Auschwitz-Mythos“ dokumentieren sollte. Im selben Jahr erschien mit „„Der Auschwitz Mythos‘ – A Book and Its Fate in the German Federal Republic“ im → „Journal of Historical Review“ ein weiterer Text Stäglichs, der auf einem im Jahr zuvor gehaltenen Vortrag einer vom Institute for Historical Review ausgerichteten Konferenz basierte.

Nach wie vor gilt Stäglichs Buch Holocaustleugnern insbesondere im deutschen Sprachraum als Standardtext – nicht zuletzt deswegen, weil seitdem kein monographisch angelegtes Buch mit vergleichbarem Umfang mehr erschienen ist. Zusammen mit dem 1976 veröffentlichten → „Jahrhundert-Betrug“ von Arthur R. Butz ist mit „Der Auschwitz-Mythos“ eine Zäsur in der Entwicklung des Phänomens der Holocaustleugnung zu setzen, da trotz manifester und wenig kaschierter antisemitischer Äußerungen hier erstmalig konsequent die Strategie praktiziert wurde, Wissenschaftlichkeit u.a. durch einen entsprechenden Aufbau des Textes und mittels Fußnoten, Quellen- und Literaturverweisen vorzutäuschen und der Präsentation durch eine Bibliographie, einen Bildteil sowie Karten und Schemazeichnungen ein seriöses Gepräge zu verleihen.

*Christian Mentel*

## Literatur

Hermann Graml, Alte und neue Apologeten Hitlers, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt am Main 1994, S. 30–66.

## Baigais Gads (Lettland, 1942)

„Baigais Gads“ [Das Jahr des Schreckens] ist eine ca. 100-seitige lettischsprachige Publikation, die von der deutschen Besatzungsverwaltung im Jahr 1942 im besetzten Lettland initiiert wurde. Es handelt sich dabei um eine an die lettische Bevölkerung gerichtete antisemitische Propagandaschrift gegen den Bolschewismus, um die Kollaborationsbereitschaft im okkupierten Land zu forcieren. Das Buch entstand offiziell unter der Redaktion von Pauls Kovaļevskis, Oskārs Norīsts und Miķels Goppers. Die im Rigaer Verlag Zelta Ābele erschienene Publikation führte als offiziellen Titel „Dokumentensammlung zur Bolschewistenzeit vom 17.6.1940 bis zum 1.7.1941 in Lettland“ und erhob den selbst gesetzten Anspruch, den Bolschewismus zu zeigen, „wie er wirklich war“.